

Monatsspiegel



November 2007



Adressaufkleber

SPD

Erlangen

Anmerkungen zur Diskussion um das Arbeitslosengeld I

Von Renate Schmidt, Mitglied des Bundestags

Liebe Genossinnen und Genossen, in den letzten Wochen wurde die Richtigkeit der Agenda 2010 und die Verlängerung des Arbeitslosengelds I heftig in Politik und Öffentlichkeit diskutiert. Einige Worte dazu, nicht nur, aber auch, weil ich die Agenda 2010 als Regierungsmitglied mitbeschlossen habe und sie nach wie vor für richtig halte. Dennoch bin ich der Meinung, dass es gerechtfertigt ist nach knapp drei Jahren zu fragen, was haben wir erreicht, was wollten wir, was läuft gut, was weniger, und wo müssen wir gegebenenfalls etwas ändern. Dies hat nichts damit zu tun die Agenda 2010 in ihren Grundsätzen in Frage zu stellen, sondern ist meiner Einschätzung nach eine absolute Notwendigkeit, da wir mit der Agenda 2010 eine der größten Reformen im Sozialbereich seit Bestehen der Bundesrepublik eingeleitet haben.

Was wollen wir erreichen?

1. Den Arbeitsmarkt von unnötigen Fesseln befreien und flexibilisieren (z.B. neue Regeln für Minijobs, Leiharbeit, etc.)
2. Menschen schneller wieder in Arbeit bringen und die schädlichen Vorruhestandsregelungen beseitigen, die Ältere aus der Erwerbsarbeit gebracht haben und Jüngere nicht hinein
3. Alle erwerbsfähigen Arbeitslosen gleich behandeln, wenn sie längere Zeit erwerbslos sind und damit die Arbeitslosenhilfe und die ehemalige Sozialhilfe zu einer Leistung, dem Arbeitslosengeld II zusammenzufassen und dies zu entbürokratisieren.

Was haben wir erreicht?

1. Die Arbeitslosenzahlen sinken, insbesondere bei Langzeitarbeitslosen (auch bei Älteren) überproportional

2. Das System des Arbeitslosengeldes II funktioniert überwiegend und stellt insbesondere ehemalige Sozialhilfeempfänger/innen materiell besser
3. Wir sind das EU-Land mit der niedrigsten Jugendarbeitslosigkeit.

Wo gibt es Fehlentwicklungen?

1. Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse, Minijobs und Einkommen, die bei Vollzeitarbeit nicht das Existenzminimum erreichen, haben dramatisch zugenommen
2. Die Angst vieler insbesondere älterer Menschen, bei Arbeitslosigkeit ihrer Lebensleistung beraubt zu werden, ist stark gewachsen
3. Die Zahl der Kinder, die vom Existenzminimum leben müssen ist deutlich gestiegen, auch wenn man berücksichtigt,

Fortsetzung auf Seite 3

02.11.	16:00	Distrikt Süd: Stadtteilrundgang	Röthelheimbad (Treffpunkt)	S. 21
05.11.	20:00	Veranstaltung „Frauen verdienen mehr“	VHS, Großer Saal	S. 3
06.11.	20:00	Jusos	August-Bebel-Haus	S. 23
07.11.	20:00	Distrikt Anger	Angerwirt	S. 19
11.11.	11:00	Distrikt D´dorf: Politischer Frühschoppen	Gasthof Rangau	S. 19
13.11.	20:00	Distrikt Ost	Waldschänke	S. 21
14.11.	18:00	Kreisvorstand	Biergarten am Röthelheim	
14.11.	20:00	Veranstaltung Mindestlohn	IG-Metall-Saal	S. 18
19.11.	17:00	Veranstaltung „Nein zur Atomkraft“	E-Werk, Clubbühne	S. 3
20.11.	16:00	60plus	August-Bebel-Haus	S. 23
20.11.	20:00	Distrikt Bruck	FSV Bruck	S. 19
20.11.	20:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 20
20.11.	20:00	Distrikt Frauenaurach	AWO-Raum	S. 20
20.11.	20:00	Erlanger Mitte	Pizzeria Napoli	S. 18
20.11.	20:00	Jusos	August-Bebel-Haus	S. 23
21.11.	20:00	Distrikt Süd	Biergarten am Röthelheim	S. 21
22.11.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Turnerbund	S. 4
25.11.	10:30	Ehrungsveranstaltung	Turnerbund	S. 7
30.11.	19:00	Distrikt West: Karpfenessen	„Drei Linden“	S. 22
02.12.	11:00	Bürgerempfang zum Verfassungstag	Redoutensaal	S. 18
04.12.	20:00	Distrikt Dechendorf	Gasthof Rangau	S. 19
11.12.	20:00	Distrikt Innenstadt: Weihnachtsstammtisch		

Kontakt
Kreisverband Erlangen-Stadt

Vorsitzender: Robert Thaler
 Geschäftsführerin: Karin Franke
 Friedrich-List-Straße 5
 91054 Erlangen
 Telefon: 09131-8126522
 Fax: 09131-8126513
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de
 Internet: www.spd-erlangen.de
 Bankverbindung: Sparkasse Erlangen, BLZ 76350000, Konto-Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag 9:00 bis 12.30, 15:00 bis 18:00 Uhr
 Dienstag 9:00 bis 12:30 Uhr
 Mittwoch 9:00 bis 12:30, 15:00 bis 18:00 Uhr
 Donnerstag 9:00 bis 12:30 Uhr
 Freitag 9:00 bis 12:30 Uhr

Impressum
Herausgeber

SPD-Kreisverband Erlangen
 Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung

Philipp Dees
 Lichtenfelser Weg 6
 91056 Erlangen
 Telefon: 09131-483791
 monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck: Gruner Druck, Erlanegn

Auflage: 700 Stück

dass auch vor Inkrafttreten des ALG II eine beträchtliche Zahl von Kindern (1,5 – 2,0 Mio) von Sozialhilfe gelebt haben.

Was muss getan werden?

1. So lange die Arbeitslosenquote der 45 – 50jährigen und 50 – 65jährigen



deutlich höher ist als die der jüngeren, ist es gerechtfertigt das ALG I länger zu zahlen.

2. Mindestlöhne müssen auch für Leiharbeit gelten. Es müssen Regelungen getroffen werden, die verhindern, dass Leiharbeitnehmer an die Stelle der Stammebelegschaft treten

3. a) Der Kinderzuschlag muss verbreitet und entbürokratisiert werden

b) Die Pauschalisierung sämtlicher Einmalleistungen im ALG II geht an der Lebenswirklichkeit und den Fähigkeiten der überwiegenden Zahl der Betroffenen vorbei. Es ist daher zu prüfen, ob für größere notwendige Anschaffungen und seltene bzw. einmalige Ereignisse Gutscheine geschaffen werden. Es hat gezeigt, dass es nicht klappt, wenn man von ALG II-Empfängern erwartet, aus ihrer Pauschale für wichtige Anschaffungen oder für die Einschulung des Kindes einen Geldbetrag anzusparen. Wird die Waschmaschine kaputt kann das Kind keinen

Schulranzen bekommen – das ist nicht praktikabel, hier müssen wir wieder weg von der Pauschalisierung. Das sieht übrigens auch der Arbeitsminister Franz Müntefering so.

Genauso ist es zu überprüfen, ob es z.B. wirklich ausreicht für Kinder 1,27 Euro für Spielsachen einzurechnen. Diese Beträge stehen in keinem vernünftigen Verhältnis zu den 19,06 Euro als Pauschale für Zigaretten und Alkohol.

4. Insgesamt sollte auf die Praktiker und die Wohlfahrtsverbände und ihre Erfahrungen gehört werden, um an einigen Stellen das ALG II praktikabler und lebensnäher zu gestalten und andere Wege der Armutsbekämpfung, die jenseits der Erhöhung der Transferleistungen liegen zu finden und durchzusetzen.

All das betrifft nicht den Kern der Agenda 2010, sondern ist eine logische Weiterentwicklung (die nicht die letzte sein wird) und ist sowohl sozial – als auch familienpolitisch geboten.

Eure
Renate Schmidt

Frauen verdienen mehr

Einladung zur Diskussion

mit Adelheid Rupp, MdL
frauenpolitische Sprecherin
der SPD-Landtagsfraktion

BayernSPD-Landtagsfraktion
Wolfgang Vogel, MdL

Am 5. November 2007, 20.00 Uhr
VHS Erlangen, Großer Saal
Friedrichstraße 19 – 21, Erlangen



Nein zur Atomkraft. Ja zum Klimaschutz.

Veranstaltung zum Umweltjahr
der Stadt Erlangen



Referent:

Michael Müller

Parlamentarischer Staatssekretär
im Bundesumweltministerium



Moderation:

Andreas Richter

Juso-Unterbezirksvorsitzender
SPD-Stadtratskandidat



Montag, 19.11., 17:00 Uhr E-Werk, Clubbühne

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir laden Euch herzlich ein zu unserer nächsten

Kreismitgliederversammlung

**am Donnerstag, 22. November 2007,
20.00 Uhr,
Blaue Traube im Turnerbund,
Spardorfer Str. 79**

Als **Tagesordnung** schlagen wir euch vor:

1. Aktuelles
2. **Bericht vom Bundesparteitag**
3. Anträge
4. Verschiedenes

Robert Thaler

Ursula Lanig

Dieter Rosner

Kreisvorstandssitzung:

- Mittwoch, 14. November, 18.00 Uhr, Biergarten am Röthelheim

Aktuelles aus dem Wahlkampf

VHS-Stadtrundgang mit Ursula Lanig



An der Spitze beim Gesundheitsrundgang: OB-Kandidatin Ursula Lanig und die SPD-Stadträtinnen Gisela Niclas und Barbara Pfister

3000 Schritte für deine Gesundheit – unter diesem Motto veranstaltete die VHS Erlangen am Wochenende eine Reihe von Stadtrundgängen. SPD-Oberbürgermeisterkandidatin Ursula Lanig war in der Innenstadt dabei. Auch ihre SPD-Stadtratskolleginnen Gisela Niclas, Birgit Hartwig, Barbara Pfister und Stadtrat Robert Thaler beteiligten sich am Rundgang. Ausführlichere Informationen gab es unter anderem bei Haltepunkten am Dritte- Welt-Laden, im Bio-Restaurant Muskat und im Botanischen Garten.

Ursula Lanig trifft Franz Müntefering während des Kongresses „Ältere beschäftigen – eine Frage der Einstellung“



Oberbürgermeisterkandidatin Ursula Lanig mit Franz Müntefering im Job-Point der Erlanger GGFA.

Bundesarbeitsminister Franz Müntefering sprach anlässlich des Kongresses „Ältere beschäftigen – eine Frage der Einstellung“. In einem mitreißenden Vortrag stellte Müntefering das Wissen,

die Erfahrung und die Zuverlässigkeit älterer Arbeitnehmer in den Zusammenhang mit den Veränderungen in Demographie und der Sozialsysteme. Die stetige Verbesserung der Beschäftigungszahlen älterer Arbeitnehmer zeige die Notwendigkeit lebenslangen Lernens und eines Umdenkens, weg vom Jugendlichkeitswahn. Die Kommunen der Metropolregion stellten in Beiträgen ihre jeweiligen Aktivitäten auf dem Gebiet der Qualifizierung und Vermittlung älterer Arbeitnehmer vor. Im Anschluss an die Vorträge erörterte Franz Müntefering mit Friedrich Müller, Ursula Lanig, Renate Schmidt und Konrad Beugel die Maßnahmen im Job-Point der Erlanger GGFA.

Auf dem Radl durch Frauenaurach



Ursula Lanig, Manfred Dohmstreich, Gabi Dorn-Dohmstreich, Philipp Dees und Walter Fellermeier bei der SPD-Radtour durch Frauenaurach

Auch wenn es zwischenzeitlich etwas nass wurde: die SPDler von Frauenaurach ließen sich nicht von ihrer gemeinsamen Radtour mit SPD-OB-Kandidatin Ursula Lanig zur Hüttendorfer Kerwa abhalten. Neben zahlreichen weiteren Stationen bildeten Kultur und Jugendpolitik einen Schwerpunkt der Rundfahrt. Ursula Lanig lobte bei einem Halt am Frauenauracher Zentrum mit dem Museum "Amtshauschöpfle" und beim Jugendclub "Arche Noah" die dort geleistete Stadtteilarbeit. Ziel ihrer Politik sei es, diese Angebote weiter zu fördern und auszubauen, sagte Lanig. Wesentlich sei dabei auch die Förderung der Jugendclubs in den Nachbarorten Kriegenbrunn und Hüttendorf.

Hausbesuche begonnen

Schon seit einigen Wochen sind Ursula Lanig und die Stadtratskandidatinnen und -kandidaten der SPD unterwegs, um sich bei Hausbesuchen vorzustellen und mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen.

Wo die nächsten Hausbesuche stattfinden, könnt ihr bei Karin Franke im Parteibüro erfahren. Ihr seid herzlich eingeladen, Ursula Lanig zu begleiten!

Wir gratulieren zum Geburtstag



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im November Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute

- | | |
|--------------------------------------|---------------------------------------|
| 01.11. Siglinde Hertwich
71 Jahre | 16.11. Georg Eschenbacher
73 Jahre |
| 03.11. Ruth Sych
74 Jahre | 22.11. Lutz Reyher
80 Jahre |
| 04.11. Herbert Hummich
70 Jahre | 25.11. Dagmar Paliwal
65 Jahre |
| 08.11. Anni Frank
80 Jahre | 30.11. Maria Holzerner
84 Jahre |
| 08.11. Grete Höfer
84 Jahre | 30.11. Harald Straube
84 Jahre |
| 08.11. Rosi Pfister
74 Jahre | |

Anni Frank wird achtzig

Für die Familie Frank ist das Jahr 2007 in mehrfacher Hinsicht von ganz besonderer Bedeutung.

Anni Frank, neben Reta Grohs, Lotte Schwarz, Gunda Prinz und Maria Schmeets eine der fünf August-Bebel-Uhr Trägerinnen unseres Kreisverbandes, feiert am 8. November ihren 80. Geburtstag. Sie folgt damit ihrem Mann Christl nach, dem wir bereits im Mai ebenfalls zu seinem 80. Geburtstag gratulierten, und als Krönung kommt dazu, dass beide im August ihre diamantene Hochzeit feiern konnten.

Kennengelernt haben sich die Franks beim FSV Bruck, wo beide aktiv Jugendbetreuung betrieben, eine Aufgabe, die sie auch ihren Kindern Elisabeth, Horst und Willi in die Krippe legten.

1967 ging es dann beim ATSV weiter, dem ehemaligen Arbeiterturnverein, wo Anni eine Frauenturnstunde einrichtete und Christl den Vorstand übernahm.

Ob BLSV, Sportverband (Stadtverband) und Stadtjugendring, deren Nachkriegsgeschichte ist mit dem Namen Frank verbunden. Bis hinauf in die Bundesebene ist ihr gemeinsamer Einsatz für die (Sport-)Jugend gewürdigt worden.

Partnerschaftlich wurde die Bewältigung der verschiedensten Aufgaben gelöst und so ist es auch nicht verwunderlich, dass beide



Christl und Anni Frank (Foto: privat)

ihr gesellschaftspolitisches Ziel in die SPD einzutreten gemeinsam 1960, vor nahezu fünfzig Jahren, ausführten.

Anni wirkte schon bald in der sehr aktiven Frauengruppe der SPD in der Vorstandsarbeit mit und fand über ihr großes Engagement in und um den Sport hinaus auch Interesse an der Kommunalpolitik.

1966 kandidierte sie für den Erlanger Stadtrat und wurde auch prompt in das Stadtparlament gewählt. Eine erneute Kandidatur und Wiederwahl im Jahr 1972, die erforderliche Nominierung wäre auf Grund ihrer Leistungen und ihres Bekanntheitsgrades sehr wahrscheinlich gewesen, schloss Anni aus persönlichen Gründen

aus. Für sie zog ihr Mann Christl und ihr Bruder Willi Gehr in den Stadtrat ein. Beider Kandidatur war zum damaligen Zeitpunkt nicht zulässig.

18 Jahre, bis 1990, gehörte Christl dem Stadtrat an, und Willi war sogar bis 1996 im Stadtrat und darüber hinaus bis 2003 im Bezirkstag vertreten. Und so war die Gewähr für eine aktive Jugendarbeit gegeben, die auch in die städtepartnerschaftlichen Beziehungen mit Eskilstuna und Rennes verankert wurde.

In ihrem Lebensweg und ihrer Lebensleistung hat Anni stets den Zielen einer modernen Frauenpolitik und der Aufgabenstellung sozialer Jugendpolitik vorgelebt. Die Stadt Erlangen und der BLSV haben dies mit hohen und höchsten Auszeichnungen gewürdigt. Unser Kreisverband ist Anni, aber auch Christl, außerordentlich dankbar für die kontinuierliche, zuverlässige und solidarische Arbeit für unsere Partei. Mit eurer Bekanntheit habt ihr sicherlich auch zu manchem kommunalpolitischen Erfolg beigetragen.

Wir wünschen Dir, liebe Anni, wir wünschen Euch alles Gute, vor allem Gesundheit für euere gemeinsame Zukunft
Robert Thaler

Herbert Hummich zum Siebzigsten

Der langjährige Vorsitzende des Stadtverbands der Erlanger Kulturvereine und unser Genosse Herbert Hummich feiert am 4. 11. seinen 70. Geburtstag. Dazu gratuliere ich im Namen des Kreisverbands



Erlangen und auch persönlich von Herzen und danke Herbert für sein umfassendes Engagement für die Menschen in Erlangen und seinen Partnerstädten.

Beruflich war Herbert Hummich in einem Bereich tätig, der für junge Menschen von höchster Wichtigkeit ist: In der Aus- und Weiterbildung im technischen Bereich. Er selbst blieb nach der Ausbildung und dem anschließenden Studium der Elektrotechnik bei Siemens Med in Erlangen. Er war von 1972 bis 1983 Mitglied des Betriebsrates und wurde als Ausbilder schnell Mitglied und Vorsitzender in Prüfungsausschüssen der IHK. Von 1983 bis zu seinem Ausscheiden aus dem Berufsleben war er Ausbildungsleiter für den Siemens Med-Bereich in Erlangen und ab 1992 zusätzlich in Rudolstadt. In dieser Zeit führte er viele Initiativen zum Erfolg, wie z.B. den Arbeitskreis „Schule und Wirtschaft“, und war Beirat in Arbeitskreisen für die Qualifizierung von Ausbildern und in Freundeskreisen berufsbildender Schulen, auch für Menschen mit Behinderung. Sein Wissen und seine Erfahrung führten auch zur Mitarbeit in Lehrplankommissionen des ISB. Lange Jahre seines beruflichen Lebens hat Herbert im Museumswinkel verbracht, er schätzt dieses Gebäude und kennt seine Möglichkeiten, die es zu entwickeln gilt.

Sein breit angelegtes Engagement für junge Menschen umfasste nicht nur die Verbesserung ihrer beruflichen Ausbildung sondern auch immer die Förderung ihrer sozialen Kompetenz. Denn dies ist der zwei-

te Schwerpunkt seines Einsatzes für seine Mitmenschen, nicht nur in Erlangen. Unermüdlich, selbst durch eine schwere Krankheit kaum unterbrochen, ist sein humanitäres Engagement. Dies erstreckt sich vom Vorsitz seit 1994 bei den Naturfreunden bis zum Engagement für die kleinen Patienten der Kinder-Notfall-Klinik in Wladimir, die ihm sehr am Herzen liegen. Aber auch kurzfristige Projekte, wie z.B. ergiebige und phantasievolle Spendenaktionen, die die größte Not der Menschen in Wladimir während des Hungerwinters 1998 lindern sollten, fanden

seine tatkräftige Unterstützung. Dieser Einsatz für Schwächere in unserer Gesellschaft rührt sicherlich auch aus seiner christlichen Überzeugung her – er war Presbyter der evangelisch-reformierten Kirche und leitete die Gemeinde während der Pfarrervakanz von 1990-1992.

Von 1997 bis 2007 war Herbert Vorsitzender des Stadtverbands der Erlanger Kulturvereine und setzte sich an dieser Stelle für die Unterstützung ehrenamtlichen Engagements ein. Ein besonderes Anliegen war ihm die Pflege der Städtepartnerschaft-

ten und dabei vor allem der Kontakt der Bürger – nach Rennes, Cumiana und Wladimir hat er hervorragende Bürgerreisen geplant und durchgeführt, wobei der Höhepunkt sicher die 350-Personen-Reise nach Wladimir zum 20-jährigen Partnerschaftsjubiläum war (mit allen Problemen, die solch ein Großprojekt bietet und die er meistern musste!). Als Revisor ist Herbert dort noch immer im Stiftungsrat des Erlangen-Hauses tätig.

Dies kann nur ein Ausschnitt aus seinem vielfältigen Engagement sein, vieles fehlt noch, würde aber den Rahmen sprengen. Die Förderung aktivierender kultureller und allgemeinnütziger Projekte hat ihm und seiner, ähnlich engagierten, Frau Bruni große Zustimmung in Erlangen gebracht. 1996 erhielt er daher den Ehrenbrief des Bezirks Mittelfranken und den der Stadt Erlangen für Wirtschaft. Die SPD hat ihm für seine langjährige große Solidarität und für seine Mitarbeit im AK Kulturpolitik zu danken, in dem er vor allem die Bereiche Vereine und kulturelle Bildung vertrat.

Lieber Herbert, bewahre dir deine Freude an den Menschen und deinen Lebensmut, mische dich weiter ein und bleibe gesund! Dir und Bruni viel Freude und Erfolg in euerem Engagement für die Menschen in Erlangen und dir alles Gute zum Geburtstag wünscht
Im Namen des Kreisverbandes
Deine Ursula Lanig

Ehrung langjähriger Mitglieder

Liebe Genossinnen und Genossen,
auch dieses Jahr ehren wir wieder die Jubilarinnen und Jubilare unter unseren Mitgliedern auf unserer

**Ehrungsveranstaltung
am Sonntag, 25.11. ab 10:30 Uhr
im Turnerbund, Spardorfer Straße 79**

Dabei steht dieses Jahr mit der achtzigjährigen Parteimitgliedschaft von Georg Fellner ein besonderes Jubiläum an, zu der der SPD-Landesvorsitzende **Ludwig Stiegler** kommen wird.

Weitere Informationen zur Veranstaltung und die Liste der diesjährigen JubilarInnen findet ihr in der Einladung, die diesem Monatsspiegel beiliegt.

Wir freuen uns auf Euer zahlreiches Erscheinen und auf eine schöne Feier mit unseren Jubilarinnen und Jubilaren.

Robert Thaler

Ursula Lanig

Dieter Rosner

Georg Fellner feierte seinen 94. Geburtstag



Georg Fellner (mitte) mit Genossinnen und Genossen aus dem Distrikt Anger

80 Jahre Mitgliedschaft in der SPD - Grund genug für die AngerSPD, ihren langjährigen Vorsitzenden Georg Fellner anlässlich seiner 94. Geburtstags im Rahmen eines Empfangs im Gemeindehaus der Erlöserkirche zu feiern. Zu den zahlreichen

Gratulanten zählten auch viele politische Wegbegleiter Georgs: Alt-OB Dietmar Hahlweg, der ehemalige SPD-Kreisvorsitzende Helmut Pfister und der ehemalige Bezirksrat Willi Gehr. Grüße aus dem Er-

langer Land überbrachte die Landtagskandidatin Alexandra Hiersemann.

SPD-OB-Kandidatin Ursua Lanig nannte Georg Fellner in ihrer Geburtstagsrede einen "Vorzeigesenioren". Er könne sein Alter so verbringen, wie es die SPD allen älteren Menschen ermöglichen wolle: Eingebunden in ihre gewohnte Umgebung, aktiv und lebensfreudig. "Du wärst sicher ein idealer Bewohner des Mehrgenerationenhauses, für das wir uns kommunalpolitisch einsetzen" sagte Lanig.

Anger-Vorsitzender Christofer Zwanzig und seine Stellvertreterin Sandra Radue blickten anschließend in die zehnjährige Amtszeit Georg Fellners zurück. Sie zeigten sich begeistert über die in den Protokollen des Distrikts sorgfältig dokumentierten Aktivitäten des Distrikts unter der Leitung Fellners: Sie reichten vom Engagement gegen die ERBA-Schließung und dem Einsatz für eine sinnvolle Nutzung des ERBA-Geländes, dem traditionellen Seniorennachmittag über Umweltpolitik und Frauenpolitik bis hin zum Engagement gegen den NATO-Doppelbeschluss. "Dir ist es gelungen, zentrale politische Themen für die Menschen vor Ort konkret zu machen" sagte Zwanzig.



366 €

geschenkt

vom Staat. Riester-Förderung im Jahr 2007 für zwei Erwachsene mit eigenem Altersvorsorgevertrag und einem Kind.

Weitere Infos erhalten Sie bei unseren Beratern oder unter www.sparkasse-erlangen.de.

 Sparkasse
Erlangen

Eine demokratische Gesellschaft lebt von ihren Menschen – auch von ihren jungen!

Bericht von der Veranstaltung „Mehr Mitbestimmung unter 18“ von AsF und 60plus
Von Michelle Starck, Juso-Kreisvorsitzende

Eine ausgiebige und erfolgreiche Veranstaltung war es, die die Jusos und die AsF da auf die Beine gestellt haben. Zu einer Diskussionsrunde, in der die Probleme konkret angesprochen und nicht, wie so oft, unter den Tisch gekehrt worden sind, fand man sich am 17.10. um 20:00 Uhr im Gruppenraum 4 im E-Werk ein. Das Thema: Mitbestimmung unter 18.

Den Anfang machten zwei Impulsreferate von Philipp Dees und Jörn Peter. Sie stellten zum einen das System „SMV“ (Schülermitverantwortung) vor und zwei Vorschläge, die momentan vorrangig diskutiert werden, wenn es um die Frage geht, wie man verstärkt junge Menschen in den demokratischen Prozess einbinden kann: Zum einen gibt es da die Idee, das Wahlalter auf 14 herabzusetzen und zum anderen den Vorschlag, ein Elternwahlrecht (Eltern wählen stellvertretend für ihre Kinder) einzuführen.

Hitzig diskutiert wurde an diesem Abend jedoch nicht nur über die in den beiden Referaten behandelten Themen, sondern auch über ganz grundlegende demokratische Rechte und Werte.

Welche demokratischen Rechte hat ein junger Mensch eigentlich und vor allen Dingen welche Möglichkeiten besitzt er, seine Meinung kund zu tun?

Eine Möglichkeit kann bzw. sollte doch die SMV sein, denn immerhin gilt sie als eine Art Sprachrohr der SchülerInnen einer Schule. Ihre MitgliederInnen sind es oft, die ihren Kopf bei höheren schulischen Instanzen für ihre MitschülerInnen hinhalten und so einigen Ärger riskieren. Aber trotz alledem hängt es immer wieder, und das bestätigten einige der Anwesenden, von der Schulleitung ab, ob ein Vorschlag nun genehmigt wird, oder nicht und damit kann ein guter Vorschlag oft nur am mangelnden Wohlwollen scheitern.. Auf grundlegende Dinge, wie die Unterrichtsgestaltung o.ä. haben sie oft keinen Einfluss und besonders an bayrischen Schulen kann man beobachten, wie sehr doch SchülerInnen in ihren Rechten zur Mitbestimmung beschnitten werden. Doch es heißt ja bekanntlich auch nur SchülerMIT-

verantwortung und eben nicht Schülerverantwortung.

Doch gleichzeitig mangelt es auch an demokratischer Erziehung in den Schulen selber. Gemeint sind hier zur Abwechslung mal nicht die wenigen Sozialkundenstunden im bayrischen Lehrplan, sondern die Erziehung des Menschen zu einem Demokraten an sich.

Immer stärker wird die Notwendigkeit verpasst, den Jugendlichen zu erklären, was Demokratie eigentlich bedeutet und wie sensibel demokratische Rechte und Werte eigentlich sind und vor allen Dingen: wie leicht man sie verlieren kann.

Braucht man sich bei solchen Verhältnissen, denn eigentlich noch wundern, wenn Jugendliche unter 18 Jahren bereits enttäuscht von der Demokratie an sich sind? Wenn sie sich darunter teilweise nicht ein Mal etwas vorstellen können und daher auch nicht anfangen ihre demokratischen Rechte einzufordern, wenn es nötig ist?

Braucht man sich noch über die niedrige Wahlbeteiligung bei den Jugendparlamentswahlen an Erlanger Schulen wundern? Eigentlich nicht, aber zumindest diskutierte man einige Möglichkeiten an diesem Mittwoch, wie man das JuPa bekannter machen könnte.

Nina Untch, die für das JuPa an der Veranstaltung teilnahm berichtete, dass man zukünftig vor habe, eine Art elektronischen Newsletter einzurichten und außerdem noch „schwarze Bretter“ in den Schulen anzubringen, auf denen die neuesten Infos, die das JuPa betreffen, nachgelesen werden können. Sie wollen damit der Tatsache entgegen treten, dass die Stadt nicht stark genug für die Bekanntmachung der JuPa- Beschlüsse sorgt.

Eine Teilnehmerin schlug außerdem noch vor die Schülerzeitungen an den verschiedenen Schulen als Forum zu nutzen.

Ein weiterer Vorschlag, der für eine Anhebung der Wahlbeteiligung sorgen soll, warl der, der vorsah eine Band (die z.B. das Newcomer-Festival gewonnen hat) nach Erlangen zu holen, sollte man eine festgelegte Beteiligungsmarke bei den Jugendparlamentswahlen brechen.



Zwei Foren jugendlicher Stimmen wurden damit zwar schon angesprochen, doch man bewegte sich während der Diskussion, wie bereits erwähnt, auch auf höheren politischen Ebenen. Denn gerade aufgrund des sich bemerkbar machenden demografischen Wandels, der eine unmittelbare Vernachlässigung junger Wähler zur Folge hat, muss über alternative Methoden nachgedacht werden und da kommt eine Idee, die eine Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre vorsieht, wohl genau recht. Obwohl ein junger Mensch im Alter von 14 selber seine Religion festlegen kann, eingeschränkt strafmündig ist und sogar in eine Partei eintreten darf, verwehrt man ihm eines der demokratischsten Rechte überhaupt: das Wahlrecht. Argumente bewegen sich oft in die Richtung einer angeblich vorhersehbaren radikalen Stimmenabgabe; spricht: junge Menschen wählen sowieso nur radikale Parteien in Parlamen-

te. Doch wenn man so argumentiert, dann sollte man im Hinterkopf behalten, dass in zwei Bundesländern Menschen über 18 die NPD in Parlamente gewählt haben und keine 14jährigen. Vielleicht lassen sich durch ein Wahlrecht ab 14 sogar eher solche Ereignisse verhindern. Denn die Politik wäre in so einem Fall gezwungen stärker für eine demokratische Sensibilisierung der Jugendlichen zu sorgen, d.h. Demokratie wäre wieder ein wichtigeres Thema an Schulen. Politiker sähen wieder stärker ihre Aufgabe darin junge Menschen für sich zu gewinnen und somit könnte bei den Jugendlichen wieder stärker das Gefühl eintreten, dass ihre Mei-



nung nicht nur geduldet, sondern auch erwünscht ist.

Ein Vorschlag, wie das „Elternwahlrecht“ würde, nach Meinung der VeranstaltungsteilnehmerInnen wohl eher gegen eine Demokratisierung der Gesellschaft arbeiten und nicht dafür. Denn immerhin sollte man sich im Klaren darüber sein, dass so etwas, wie das Wahlrecht eigentlich nicht übertragbar sein sollte, da jeder Mensch seine eigene politische Meinung vertritt und keine anderer einem diese Entscheidung abnehmen darf. Außerdem stellt sich die Frage, wer dann letztendlich für das Kind wählen geht. Vater oder Mutter? Und ab wann darf das Kind selber wählen? Und vielleicht darf man dieser Stelle auch ein Mal den Gedanken äußern, dass ein derartiger Vorschlag vielleicht nur indirekt eine stärkere Geburtenrate herbeiführen soll; über die Tatsache „Je mehr Kinder ich habe, desto stärker fällt meine politische Meinung ins Gewicht.“ Ob dies nicht eher das Elternwahlrecht an sich in Frage stellt, muss nach Ansicht der TeilnehmerInnen ausgiebig diskutiert werden.

Es sind viele Baustellen in unserer „demokratischen“ Gesellschaft, die an diesem Mittwochabend angesprochen worden sind. Dass eine Absenkung des Wahlalters und/oder ein Elternwahlrecht keine Allheilmittel sind, war wohl jedem Teilnehmer und jeder Teilnehmerin bewusst. Doch dass man langsam wieder verstärkt anfangen müsste die Beteiligung von Jugendlichen an der Demokratie zu diskutieren, ist eher eine verspätete Feststellung als ein plötzlicher Geistesblitz. Auch wir SozialdemokratInnen müssen uns an dieser Diskussion konstruktiv beteiligen, wenn nicht sogar gerade wir. Denn immerhin waren wir es die das Wahlrecht der Frauen einst gefordert haben und damals haben noch viele, vorwiegend Männer, an der Urteilsfähigkeit einer Frau gezweifelt. Wir sollten uns daher mal überlegen, ob wir Jugendlichen nicht zu wenig Mitsprache an unserer Gesellschaft erlauben. An einer Gesellschaft, die sie irgendwann gestalten sollen; denn eine sture und irgendwo willkürlich gesetzte Altersgrenze, wie 18 Jahre, kann sonst zum Stolperstein jeder demokratischen Errungenschaft werden.

Wenn wir schon als Slogan „Kraft der Erneuerung“ tragen, dann sollten wir auch danach handeln und neuen Vorschlägen eine Chance geben.

Denn der populistische Slogan: „DemokratInnen sind in Deutschland unerwünscht“ kann sonst irgendwann zur Tatsache werden.

Peter Zink Preis 2008

Zum 2. Mal verleihen die Familie Zink, die SPD Erlangen und die IG Metall Erlangen gemeinsam den Peter-Zink-Preis.

Termin: Verleihung des Peter Zink-Preises am Donnerstag, den 10. Januar 2008, 18.00 Uhr im Saal im Gewerkschaftshaus, Friedrichstraße 7.

Verleihungskriterien:

Mit dem Preis werden jugendliche oder Jugendgruppen gewürdigt, die sich innerhalb der SPD oder der Gewerkschaften oder diesen nahe stehenden Organisationen, Vereinen oder Betrieben durch ihr soziales und gesellschaftspolitisches Engagement für den Aufbau einer lebendigen Demokratie besonders verdient gemacht haben bzw die in vorbildlicher Weise das politische, gesellschaft-

liche, arbeitnehmerorientierte Engagement von Jugendlichen fördern

Liebe Genossinnen und Genossen, bitte merkt Euch diesen Termin vor.

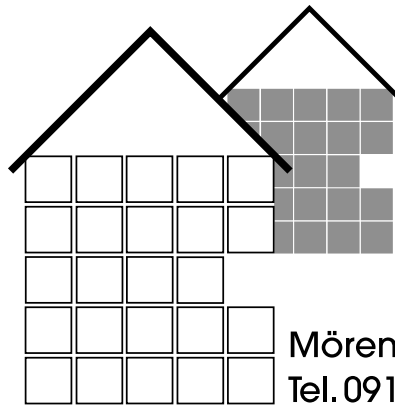
Wir werden an diesem Tag auch des 4. Todestages von Peter Zink gedenken. Am 22. Dezember wäre Peter Zink 100 Jahre alt geworden.

Wenn ihr Vorschläge zur dieser Preisverleihung habt, wendet Euch bitte an unser Büro oder den Kreisvorsitzenden

Peter Zink Junior

Robert Thaler
Vorsitzender der SPD Erlangen

Wolfgang Niclas
1. Bevollmächtigter der IG Metall Erlangen



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Mörendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragsätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 4 32 26 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

Verleihung des Karl-Heinz-Hiersemann-Preises 2007

Zum fünften Mal verliehen der SPD-Bezirk Mittelfranken und der SPD-Kreisverband Erlangen am 30. September 2007 den Karl-Heinz-Hiersemann-Preis. Mit ihm werden Jugendliche und Jugendgruppen aus Mittelfranken geehrt, die sich besonders verdient gemacht haben für die friedliche Verständigung zwischen den Völkern, für den Aufbau einer lebendigen Demokratie, gegen Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit und deren Handeln von Zivilcourage und Toleranz geprägt ist. Die Festrede bei der Preisverleihung hielt Hans-Jochen Vogel.

In diesem Jahr wurden als Preisträgerinnen und Preisträger ausgezeichnet:

- Die Hauptschule „Hummelsteiner Weg“ in Nürnberg (1. Preis) für ihr Buchprojekt „Schüsse am Aufseßplatz“. 18 Schülerinnen und Schüler haben dabei mit ihrer Lehrerin Gerda Reuß den Lebensweg von Franz Tanzberger nachverfolgt und mit den Ergebnissen ihrer Recherche einen Tatsachenroman verfasst.
- Die Arbeiter-Samariter-Jugend-Gruppe „Culture Revolution“ (2. Preis) vor allem für ihr Projekt „Lebenswelten“. Die Jugendgruppe drehte dabei eine Repor-

tage über die Lebenswelten junger EuropäerInnen, die im Landkreis Neustadt/Aisch - Bad Windsheim wohnen.

- Der Ethikkurs der Klassen 12WB und 12TE der staatlichen Berufsoberschule Nürnberg (2. Preis) für den von ihnen gestalteten „Aktionstag gegen Rechts“ an der Hauptschule Gräfenberg.
- Die Redaktion der Schülerzeitung „Tintenklecks“ der Hermann-Hedenus-Hauptschule Erlangen (Sonderpreis der SPD Erlangen) für ihre jahrelange Arbeit gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit.



Begrüßung durch Ursula Lanig (am Rednerpult) und die SPD-Bezirksvorsitzende Christa Naaß



Hans-Jochen Vogel bei seiner Ansprache



Die Trägerinnen und Träger des Ersten Preises von der Hauptschule am Hummelsteiner Weg bei der Preisübergabe mit Christa Naaß (dritte von rechts) und Alexandra Hiersemann (links)



Die Preisträgerinnen und Preisträger von der ASJ-Gruppe "Culture Revolution" mit Wolfgang Vogel (links), Hans-Jochen Vogel (vierter von links) und der SPD-Bezirksvorsitzenden Christa Naaß (rechts)

alle Fotos: Günther Laurer

Wolfgang Vogel und Gisela Niclas nominiert

Volle Rückendeckung aus der SPD haben Wolfgang Vogel und Gisela Niclas für ihre Kandidaturen für den Landtag und den Bezirkstag erhalten. Mit überwältigender Mehrheit wurden die beiden SPD-Spitzenleute bei einer Delegiertenversammlung am 11. Oktober ins Rennen geschickt.

Beide haben versichert, ihre ganze Kraft dafür einsetzen, dass das Jahr 2008 in Erlangen, im Bezirk Mittelfranken und im Land Bayern für die SPD zu einem großen Erfolg wird und die schwarzen Mehrheiten in die Schranken gewiesen werden.



Oberbürgermeisterkandidatin Ursula Lanig gratuliert Wolfgang Vogel zur Nominierung für den Landtag und Gisela Niclas zur Nominierung für den Bezirkstag.

Rede von Wolfgang Vogel bei der Nominierungskonferenz am 11. Oktober

Liebe Genossinnen und Genossen, zunächst möchte ich mich sehr herzlich dafür bedanken, dass die Vorstände des SPD Kreisverbandes Erlangen, die SPD in Heroldsberg und Möhrendorf mich wieder für eine Kandidatur vorschlagen. Und ich bitte Euch, liebe Genossinnen und Genossen, erneut um Euer Votum, damit ich auch in der nächsten Legislaturperiode als SPD-MdL die Interessen der Bürgerinnen und Bürger unseres Stimmkreises im Bayerischen Landtag vertreten kann.

Heute vor einer Woche hat unser Nachbarstimmkreis Erlangen-Höchstadt Alexandra Hiersemann und Rosi Schmitt nominiert. Herzlichen Glückwunsch dazu!

Man hat in Erlangen-Höchstadt auch das Zweitsimmenabkommen beschlossen.

Und heute steht hier in Erlangen die Nominierung von Gisela und von mir an. Das wäre doch ein kompetentes und schlagfertiges Team, mit dem wir in Stadt und Land – Hand in Hand – für die Region und für die BayernSPD überzeugende Arbeit leisten können!

Seit 9 Jahren bin ich nun Landtagsabgeordneter und Ihr habt mich dabei kräftig unterstützt. Habt vielen Dank für diese Solidarität und Euer Vertrauen. Ich freue mich

darauf, diese wichtige politische Herausforderung auch weiterhin anzunehmen.

Mir macht das nämlich auch Spaß – obgleich es ab und an ein hartes Brot ist, in der Opposition gegen eine Zwei-Drittel-Mehrheit der CSU zu arbeiten – das gebe ich unumwunden zu. Aber man wächst an seinen Aufgaben und deshalb stimme ich heute Abend nicht das viel gesungene Klagelied an „Ach wie schwierig ist es für die SPD in Bayern“. Ich schiele auch nicht auf aktuelle Umfrageergebnisse und lasse mich wahlweise von 2 % mehr in Jubelausbrüche oder von einem Rückfall in die Verzweiflung jagen.

Eher schon gerate ich in Wut und Zorn – angesichts der Unverfrorenheit, mit der die 2/3-CSU glaubt, dieses Land in Besitz nehmen zu können, aber auch manchmal über eine eigene Partei, die sich hie und da weniger in heiterer Kampfeslust und mit fundierten politischen Alternativen als in Wehmut und Verzagttheit dem Popanz CSU nähert!

Deswegen will ich darüber reden, warum es wichtig und richtig ist, für eine andere, gerechtere Politik in Bayern mit der SPD zu kämpfen.

Ich will darüber reden, warum es wichtig und richtig ist, dass die SPD als Partei

der sozialen Gerechtigkeit Vertrauen zurück gewinnt - im Bund, im Land und vor Ort in den Kommunen, warum es wichtig und richtig ist, dass wir einer Politik der sozialen Kälte entgegen treten, uns mit Nachdruck einsetzen für rechtlich verfasste Solidarität und für allgemeine Wohlfahrt.

Auch wenn es heute um die Nominierung für die Landtagswahl 2008 geht, liebe Genossinnen und Genossen, es vergeht keine Woche im Maximilianeum, in der sich nicht gerade auf dem Feld der sozialen Gerechtigkeit bundes- und landespolitische Aktivitäten und Argumentationen miteinander vermengen. Und deswegen dazu vorab einige klare Aussagen – um unserer Glaubwürdigkeit in den bevorstehenden Wahlkämpfen willen!

Wir haben in den letzten Jahren für eine Reihe so genannter Reformen einen hohen Preis bezahlt. Die SPD flog aus vielen Landesregierungen und verlor schließlich die Kanzlerschaft bei der Bundestagswahl 2005.

Die SPD verliert aber nicht nur bei den Wählerinnen und Wählern an Zuspruch. Die Agenda-Politik hat zu dem Verlust von mehr als 200.000 Mitgliedern geführt und leistete Geburtshilfe für „Die Linke“. Mehr als zwei Drittel der verbliebenen Parteimitglieder lehnen wichtige Vorhaben der großen Koalition wie die Rente mit 67, die Gesundheitsreform, die Reform der Unternehmensteuer, die Privatisierung der Bahn und den Einsatz in Afghanistan ab.

Wir spüren aus Gründen der inhaltlichen und gerade sozialen Desorientierung die politischen Demontage der ältesten Partei Deutschlands. Dieser Form der Entsozialdemokratisierung gilt es zu widerstehen.

Wir haben Glaubwürdigkeit und Vertrauen aufs Spiel gesetzt.

Dieses Vertrauen können wir nur erhalten und ausbauen, wenn wir unser soziales Profil wieder deutlich sichtbar machen:

Liebe Genossinnen und Genossen, in Loyalität und Solidarität zu unserer Partei bin ich fest davon überzeugt: die SPD muss und kann Motor für den Prozess der sozialen und ökologischen Modernisierung sein.

Und da erinnere ich mich gerne an ein Gespräch mit Kurt Beck am Rande unserer Klausurtagung in Irsee, in dem wir uns einig waren: Den Worten müssen auch Taten folgen:

Man kann nicht – im Korsett der Koalitionslogik - auf Neoliberalisierungskurs bleiben und gleichzeitig dessen Auswirkungen beklagen.

Man kann nicht im Programmdiskurs die Banner des „demokratischen Sozialismus“

schwenken und dann die Augen davor verschließen, was in den letzten Jahren schief gelaufen ist.

Sozialdemokratische Politik wird nicht automatisch dadurch sozialdemokratisch, dass sie von Sozialdemokraten gemacht wird.

Ich begrüße daher - und das wird Euch nicht weiter verwundern - den Vorstoß unseres Vorsitzenden Kurt Beck, die Bezugsdauer für Arbeitslosengeld I zu verlängern. Vor allem ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen trafen die Regelungen der Agenda 2010 besonders hart. Um sie geht es hier.

Lasst Euch bitte nicht von den christsozialen und christdemokratischen Verneblern und ihren Hintermännern der neuen sozialen Marktwirtschaft irritieren:

Es geht um eine längere Bezugsdauer für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, denn sie haben nach wie vor die größten Probleme, Arbeit zu finden. Es geht nicht um eine Anhebung für langjährige Beitragszahler, denn das würde z. B. die Solidarität mit vielen Frauen aufkündigen, die nicht so hohe Beitragszahlungen aufweisen können. Und es geht auch nicht um eine kostenneutrale Finanzierung dieser verlängerten Zahlung, so wie es einst Rüttgers in die Diskussion geworfen hat und heute Beckstein vorschlägt, denn dann würde die Korrektur zu Lasten der Jungen gehen. Kurt Beck fordert hier genau das Richtige! Niemand will bestreiten, dass Maßnahmen wie die „Aktionen 50plus“ endlich erfolgreich der Ausgrenzung von älteren ArbeitnehmerInnen entgegenwirken. Und natürlich muss weiter vermieden werden, dass Unternehmen ihre Beschäftigungspolitik auf Kosten der Sozialkassen, also letztendlich auf Kosten der Solidargemeinschaft finanzieren. All das muss man machen! Aber es kann kein Gegenargument sein, wenn es jetzt darum geht, den älteren ArbeitnehmerInnen wieder die berechnete soziale Sicherheit zurück zu geben, ihnen Existenzangst zu nehmen!

Ich unterstütze auch die Forderung, die strenge Vermögensanrechnung beim Arbeitslosengeld II zu überdenken. Vier Jahre nach der Verabschiedung der Agenda 2010 ist es an der Zeit, Bilanz zu ziehen und zu prüfen, welche Maßnahmen korrekturbedürftig sind. Angesichts steigender Lebenshaltungskosten und steigender Armut gehen Becks Vorstöße in die richtige Richtung und würden dazu beitragen, dass das verloren gegangene Vertrauen in die SPD wieder zurückkehrt.

Tun wir doch bitte nicht so, als wären Kinderarmut und vom Einkommen abhän-

gige Bildungschancen zwei gänzlich neue Phänomene in unserer Gesellschaft seien, die nichts mit einer Uminterpretation des Sozialstaatsbegriffs und die nichts mit der wachsenden Verteilungsgerechtigkeit in unserem Lande zu tun hätten.

Das spüren die Menschen genau so. Und deswegen stehen sie hinter diesen Forderungen, auch wenn sie es uns noch nicht ganz abnehmen, dass wir sie auch dauerhaft wieder vertreten wollen.

Und ich kann Euch von Landtagsdebatten erzählen, bei denen die CSU in diesen Fragen ganz schön herum eiert und in den eigenen Reihen mindestens die gleichen heftigen Diskussionen hat, wie wir.

Das alles gilt auch für die Forderung nach einem Existenz sichernden Mindestlohn, der verpflichtend als Stundenlohn festzusetzen ist. Zu Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt gehört fairer Lohn für gute Arbeit ebenso wie die Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung. Wer Vollzeit arbeitet, soll davon leben können und nicht auf ergänzendes Arbeitslosengeld II angewiesen sein. Auch wer Teilzeit arbeitet, hat Anspruch auf faire Bezahlung.

Mindestlöhne sind eine Frage der Menschenwürde, und die ist nach Art. 100 unserer Hoegner-Verfassung auch in Bayern zu schützen.

Demokratie ist eine Gesellschaft, die ihre Zukunft miteinander gestaltet - miteinander!

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen deshalb die Probleme zur Sprache bringen, mit denen wir es in zu tun haben, denn nur wer die Realität kennt, die richtigen Fragen stellt und die vorhandenen Probleme sieht, nur der kann unser Land wieder nach vorne bringen - gerechter und für die Zukunft gut gerüstet.

Das gilt auch und gerade für die Situation, mit der wir in Bayern zu kämpfen haben. „Bayern - aber gerechter“ - so lautet die Forderung, mit der wir uns profilieren wollen - mit Themen und mit Köpfen.

Landespolitische Themen sind in den letzten Tagen und Wochen wieder stärker in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt: Büchergeld, Transrapid und der sich über Wochen hinweg ziehende Stoiber-Ab- und Übergang zu Beckstein.

Die Probleme, die zum Abgang von Stoiber geführt haben, sind mit den Wahlen von Erwin Huber zum CSU-Vorsitzenden und von Günter Beckstein zum Ministerpräsidenten noch lange nicht vom Tisch! Es wird in Bayern mit der CSU keinen politischen Neuanfang geben, der dringend nötig wäre!

Für Bayerns Zukunft ist doch in erster Linie nicht entscheidend, wer da an der Spitze steht - ob Stoiber, Huber oder Beckstein -, wichtig ist, welche Politik betrieben wird!

Wir dürfen nicht vergessen: beide haben nicht nur bei allen Entscheidungen der Staatsregierung mitgestimmt, sondern sie haben sie auch offensiv mitgetragen - Beckstein als Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident und Huber als Finanzminister, dann als Leiter der Staatskanzlei bzw. als Wirtschaftsminister.

Diese Verflechtung der neuen CSU-Spitze mit Stoiber wird gerade bei den beiden aktuellen Themen Transrapid und Büchergeld mehr als überdeutlich.

Das Transrapidprojekt in München ist technisch, verkehrspolitisch und finanziell unsinnig, es ist industriepolitisch wirkungslos und wird gegen den Willen der Bevölkerung im gesamten Freistaat vorangetrieben.

Die Gesamtkosten belaufen sich auf geschätzte 1,85 Mrd Euro. Allein der Anteil des Freistaates Bayern liegt bei 490 Mio Euro.

Die BayernSPD stellt sich zu Recht gegen dieses Wahnsinnsprojekt: Oberbürgermeister Christian Ude und die SPD-Kommunalpolitiker in München und Umland arbeiten gemeinsam mit der Landtagsfraktion daran, die Transrapidstrecke zu verhindern. Dazu sollen Ratsbegehren in der Region München angestrengt werden, und zwar v. a. in den betroffenen Gemeinden, die entlang der geplanten Strecke liegen.

Und gegenwärtig wird mit Nachdruck von uns in der Fraktion, in der BayernSPD und bei vielen, vielen Transrapid-Gegnern daran gearbeitet, im nächsten Jahr ein Volksbegehren zum Transrapid durchzuführen zu können. Das ist verfassungsrechtlich nicht ganz einfach, aber es ist unser erklärtes Ziel.

Wir wollen auch die Landtagswahl zum Volksentscheid über den Transrapid machen.

Es geht hier um Grundfragen der bayerischen Politik und um die grundsätzliche Festlegung, ob Bayern eine Milliarde Euro und mehr in ein Prestigeprojekt steckt und dies zulasten der Schulen, der Kindergärten, der guten Pflege und der besseren Infrastruktur im ländlichen Raum geht.

Man könnte auch die gesamte Summe des Freistaates, also 490 Millionen Euro sinnvoller einsetzen und so eine Reihe von dringend notwendigen Investitionen finanzieren:

Zum Beispiel bei Kinderkrippen: Laut Bundesregierung kostet es im Schnitt etwa 37 000 Euro, einen Krippenplatz für

ein Kind zu bauen – das sind Investitionskosten, die laufenden nicht eingerechnet.

Laut Städtetag zahlt der Freistaat den Kommunen im Schnitt ein Drittel der Kosten. Mit dem bayerischen Anteil am Transrapid könnte der Freistaat über 13.000 neue Krippenplätze für bis 3-jährige schaffen (rechnet man mit den Gesamtkosten für den Transrapid, dann sogar 50.000). Es gibt derzeit über 323.000 Kinder der Jahrgänge 2004 bis 2006 in Bayern.

Man geht von einem Bedarf von 35% eines Jahrganges für einen Krippenplatz aus; d.h. es besteht ein Bedarf von ca. 113.000 Krippenplätzen allein in Bayern. In der Realität gibt es lediglich ca. 13.000 Plätze - hinzu kommen noch Betreuungsplätze in anderen Einrichtungen wie Horte etc., so dass insgesamt rund 32.800 Plätze zur Verfügung stehen. Es fehlen also aktuell 80.000 Krippenplätze.

Die CSU redet zwar gern von familienfreundlicher Offensive steckt das Geld dann lieber in eine unnötige Stoiber-Gedächtnisbahn!

Ich könnte hier noch viele Beispiele nennen, wo das Geld alternativ sinnvoll Verwendung finden könnte. Im nächsten Monatspiegel werdet Ihr detaillierte Auflistungen finden. Meinem inhaltlichen Schwerpunkt in der Landespolitik entsprechend will ich mich nur auf zwei Punkte konzentrieren:

1. Beispiel Schulen: Ein durchschnittlicher Lehrer kostet den Freistaat großzügig aufgerundet 70.000 Euro. Würde man auf den Transrapid verzichten, könnte man auf einen Schlag 6.600 Lehrer für die Dauer eines Jahres bezahlen. Langfristig könnte damit in allen bayerischen Klassen die alte Richtzahl von 32 Schülern erreicht werden. Noch besser wäre aus Sicht des Pädagogenverbandes, mit diesem Geld die Grundausstattung für den Ganztagsbetrieb in den 2.300 allgemein bildenden Schulen zu finanzieren.

Das Thema Bildung steht insgesamt als eindrucksvolles Beispiel für die Widersprüchlichkeit der CSU-Politik. Das Hin und Her um das Thema Büchergeld und Becksteins halbherziger Umgang damit machen deutlich: das Schulchaos bleibt auch künftig Chefsache. Die Verunsicherung im Bildungsbereich setzt sich fort.

Das Büchergeld war von Anfang an eine krasse CSU-Fehlentscheidung! Jetzt wird es, nachdem alle Betroffenen und die Opposition nochmals kräftig Dampf gemacht haben, wohl endgültig abgeschafft – wobei die Staatsregierung in der Übergangszeit den Kommunen den schwarzen Peter der Ausfallfinanzierung zuschiebt.

Liebe Genossinnen und Genossen, Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen! Dieser Slogan wird, wie es Untersuchungen zeigen, positiv identifizierend mit der BayernSPD - und nur mit uns - in Verbindung gebracht. Er zeigt auch, wie wichtig unsere - mit den Transrapidgeldern erst recht - finanzierbare Forderung nach der Bildungsmilliarde für Bayern ist. Damit setzen wir Maßstäbe in der Schul- und Hochschulpolitik.

Seit Jahren stagnieren die Mittel für die Schulen im Staatshaushalt bei etwas über 17 Prozent. Die Folgen dieser Politik von CSU und Staatsregierung sind im ganzen Land zu sehen: zu große Klassen, Lehrermangel und Unterrichtsausfall.

Ziel unserer Arbeit ist es, die aktuelle Situation an den Schulen dramatisch zu verbessern. Ein Sonderinvestitionsprogramm in Höhe von 500 Millionen Euro soll den Ausbau der Ganztagschulen vorantreiben, für die jetzt schon ausreichend Haushaltsmittel zur Verfügung stünden! Zu einer verbesserten Situation in der Bildung gehören kleinere Klassen mit maximal 25 Schülern, mehr Lehrer und Lehrerinnen, Schulsozialarbeiter und Psychologen, eine konsequentere Einführung der Ganztagschule sowie die Bereitstellung von ausreichenden Finanzmitteln für Erwachsenenbildung und Weiterbildung. Neben dem Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz soll es auch den kostenfreien Besuch von Kindertagesstätten geben.

Hier, wie in manch anderen Politikfeldern gilt: Die BayernSPD ist das Original, die CSU die schlechte Kopie.

Liebe Genossinnen und Genossen, in der vergangenen Legislaturperiode habe ich mit einer Vielzahl von Veranstaltungen hier im Stimmkreis, im Landkreis, aber auch bayernweit versucht, unsere SPD-Positionen als sinnvolle, mach- und finanzierbare Alternativen zur CSU-Politik vorzustellen und glaubwürdig zu vertreten. Als ehemaliger Lehrer, dem die Bildung nach wie vor sehr am Herzen liegt, hoffe ich, damit einen glaubwürdigen Beitrag zur Profilierung unserer Partei geleistet zu haben. Und ob ich an die organisatorisch chaotische und überstürzte Einführung des G8 denke, an die nicht gelösten Aufgaben in der Bildungskonzeption – was bedeuten denn für uns überhaupt Bildung und Erziehung? -, ob ich an die antiquierten Verkrustungen eines längst überholten dreigliedrigen Schulsystems oder an die nach wie vor erheblichen Defizite in der Lehreraus- und -weiterbildung denke, auf all diesen Feldern, war es mein Ziel, zu inhaltlich fundierten und praktikablen Alternativkonzepten bei-

zutragen und gleichzeitig aber auch in der Öffentlichkeit offensiv für unsere Positionen zu werben. Ich hoffe, das ist mir auch gelungen.

2. Mein Kernaufgabenbereich im Landtag ist aber die Hochschulpolitik. Und wenn wunder't's? Auch hier wären natürlich die Transrapidgelder besser angelegt.

Fast jede und jeder bayerische Studierende beklagt übervolle Seminare. Ein neuer Stiftungslehrstuhl mit vier Assistenten und einer Sekretärin kostet jährlich rund eine halbe Million Euro. Von 463 Millionen Euro ließen sich zur Überbrückung der schwierigsten Phase, wenn von 2011 an der doppelte Abiturjahrgang des achtjährigen und neunjährigen Gymnasiums an die Hochschulen drängt, mehr als 200 auf vier Jahre befristete Professuren schaffen. Mindestens so gut könnten die Hochschulen das Geld zur Sanierung ihrer teils maroden Gebäude gebrauchen. Mit 463 Millionen Euro ließe sich der aufgelaufene Renovierungsbedarf der Universitäten in Regensburg sowie der TU München locker finanzieren.

Aber das reicht bei weitem noch nicht aus. Die Hochschulen brauchen zur Bewältigung der aktuellen und der in den nächsten Jahren auf sie zukommenden Anforderungen (Stichworte: Erhöhung der Anzahl der StudienanfängerInnen von derzeit ca. 260.000 auf 345.000 bayernweit, Umstellung auf Bachelor/Master, internationale Wettbewerbsfähigkeit) neben den Investitionen in Lehrpersonal, in nichtwissenschaftliches Personal und in Sachmittel (incl. Bibliotheken) dringend erheblich mehr Mittel für die Sanierung und Erweiterung des Baubestandes.

Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, nicht mit Notprogrammen behelfsmäßig die wachsenden Lücken zu stopfen, sondern diese Situation als Chance zu nutzen, um Bayerns Hochschulen zukunftsfähig zu machen. Die SPD-Landtagsfraktion fordert eine Wissenschaftsoffensive, die den Wissenschaftsstandort Bayern mit zielgerichteten Investitionen über das Jahr 2011 hinaus sichert. Und ein Blick in die Süddeutsche von heute zeigt wieder einmal mehr, dass ich zusammen mit Adelheid Rupp und meinem Hochschul-Arbeitskreis zu Recht seit etlichen Monaten Goppel auffordere, endlich die tatsächliche dramatische Lage an den Hochschulen zur Kenntnis zu nehmen und für eine solide, ausreichende Finanzierung zu sorgen.

„Bayern – aber gerechter“ – so lautet auch hier die Forderung, die zunehmend mit der SPD identifiziert wird.

Im Hochschulbereich haben wir versucht, im Kampf gegen Studiengebühren

und einer neuen Hochschulgesetzgebung auch klar zu machen, dass es um grundlegende Weichenstellungen geht.

Die CSU verfolgt ein Konzept einer generellen gesellschaftlichen Umorientierung der Hochschulpolitik. Ihr Credo lautet: Mehr Markt statt mehr Staat, gepaart mit der Forderung nach Zurückdrängung staatlicher Aufgabenwahrnehmung.

Als Hebel dazu dient die Forderung nach Konsolidierung des abgesenkten Staatshaushaltes – also Kürzen und Sparen – durch Privatisierung von Leistungen der Daseinsvorsorge und Abbau der staatlich garantierten sozialen Sicherungssysteme und deren Übertragung in mehr „Eigenverantwortung“ also private Risikovorsorge. Übertragen auf das Hochschulwesen heißt das dann: weniger staatliche oder weniger bürokratische Steuerung und weniger demokratische Mitbestimmung zugunsten von mehr „Autonomie“, mehr Wettbewerb zur Steigerung der betriebswirtschaftlichen Effizienz, mehr private statt mehr staatliche Finanzierung. Konkret die Überwälzung staatlicher Aufgaben auf private Schultern durch Einführung von Studiengebühren.

Unsere Position dagegen lautet: Bildung, gerade auch eine wissenschaftliche Ausbildung ist ein öffentliches Gut, dessen Förderung ein allgemeines Anliegen ist und deshalb eine genuin öffentliche Aufgabe zu sein hat. Dieses Verständnis von Bildung als soziales und demokratisches Grundrecht passt nicht mehr in das betriebswirtschaftliche und wissenschaftsfremde Kalkül einer Kosten-Nutzen-Logik.

Wir dürfen nicht nachlassen, diese Dinge klar zu benennen. Und zwar auch und gerade dann, wenn wir nach außen wirken bei Veranstaltungen von Verbänden, Vereinen, Gruppierungen.

Mich ermutigt es, wenn in diesem – zugegebenermaßen – nicht immer zentral wahrgenommenen Politikfeld politisch-inhaltliche Alternativen zum verquastem neoliberalen Wissenschaftskonzept mit seiner fachfremden betriebswirtschaftlich orientierten Ökonomisierung des Hochschulbetriebs und mit der daraus resultierenden bewussten Unter- und Falschfinanzierung zunehmend auch mit den Namen Rupp und Vogel und mit der BayernSPD in Verbindung gebracht werden. Das war eine mühsame Arbeit! Aber die Erfolge unserer konzeptionellen Arbeit und der verstärkten Medienkontakte, die Resultate aus vielen Fachgesprächen und das Ergebnis einer intensiven Pflege des Gedankenaustauschs mit allen in den Hochschulen Lernenden, Forschenden, Lehrenden und Arbeitenden,

all dies zeigt, dass wir hier auf gutem, wenn auch schwierigen Weg sind.

Liebe Genossinnen und Genossen, klare inhaltliche sozialdemokratische Perspektiven, um Glaubwürdigkeit zurück zu gewinnen, eine intensive fachpolitische Arbeit, um auf dem Felde der Bildungs- und Wissenschaftspolitik die Kompetenz der BayernSPD zu stärken und zu vermitteln, das alles reicht nicht aus, um hier in Erlangen und im Landkreis, für uns, für unsere Partei die Position zu halten und zu sichern.

All das trägt auch noch lange nicht zum Abbau der Skepsis bei, die viele Menschen gegenüber der Politik und den Politikerinnen und Politikern haben – zu Recht oder zu Unrecht.

Ich sage manchmal im Scherz, wenn wieder neue Umfragen über die Wertschätzung von Berufen veröffentlicht werden und dabei regelmäßig Lehrer und Politiker am Ende in der Skala auftauchen: zuerst war ich Lehrer, jetzt bin ich Politiker – ich weiß, was sozialer Abstieg bedeutet!

Wenn die Menschen nicht zu uns kommen, weil sie uns nichts mehr glauben, dann hilft es nicht, zu lamentieren. Und das ist auch nicht nur eine Frage, fehlender Marketingstrategien. Nein! Hier sind glaubwürdige Inhalte gefragt, die die Menschen mit ihren Sorgen und Ängsten ernst nehmen, und möglichst viele direkte Begegnungen, Gespräche, Hilfestellungen.

Und deshalb habe ich in meinem Stimmkreis, aber auch im Betreuungsstimmkreis in den letzten Jahren viele, viele Termine angenommen, unzählige Grußworte und Reden gehalten, bin bei Kirchweihen, Festen und Jubiläen gewesen, habe Bürgersprechstunden abgehalten, mich um direkte Unterstützung bei Problemen bemüht, habe Landtagsfahrten organisiert u. v. a. m. Das war aber nicht nur Arbeit, Job! All das hat mir auch eine Seite meines Berufs vermittelt, für die ich immens dankbar bin, denn trotz der terminlichen Beanspruchung spüre ich immer wieder, wie wichtig es für viele Menschen ist, Ansprechpartner und Hilfestellung zu finden. Und das gibt im Gegenzug auch Kraft und ermöglicht mir, immer wieder Neues zu erfahren und zu lernen. Das schätze ich so sehr an meinem Beruf, und das möchte ich gerne eine weitere Legislaturperiode fortsetzen! An anderer Stelle habe ich einmal in diesem Zusammenhang Hannah Arendt zitiert, die formuliert hat: „Politik ist angewandte Liebe zur Welt!“ Weit entfernt, diesem Anspruch zu genügen, ist er für mich doch ein Leitmotiv, an dem wir alle uns überprüfen lassen müssen.

Dass dabei auch der Humor und das Lachen nicht zu kurz kommen dürfen, war mir ebenfalls sehr wichtig. Und so denke ich gerne an diverse Faschingsauftritte zurück, und v. a. an mein heiß geliebtes Kabarett der SPD-Landtagsfraktion. Ich verrate hier kein Geheimnis, dass unsere Vorüberlegungen nun weitgehend abgeschlossen sind, und wir im Frühjahr 2008 mit „Hohn und Spott“, so nennen wir uns, auf Bayern-Tournee gehen werden. Selbstverständlich machen wir auch in Erlangen Station.

Natürlich haben sich dabei auch jenseits der Politikfelder im Maximilianeum Schwerpunkte heraus kristallisiert, die ich nicht missen möchte:

Ich zähle dazu die Gleichstellungspolitik mit all den frauenpolitischen Aufgaben und Zielen. Leider hat hier manchmal der Fortschritt immer noch das Tempo einer Schnecke. Deswegen arbeite ich auch im Arbeitskreis Frauenpolitik der SPD-Landtagspolitik mit.

Ich zähle dazu die tiefen Einblicke in verschiedenste Bereiche sozialer Verantwortung, die ich nicht nur während meiner einwöchigen Praktika jedes Jahr gewinnen konnte, sondern die sich in der Zwischenzeit durch viele Besuche und Begegnungen ergeben haben.

Ich zähle dazu die Integrations- und Flüchtlingsarbeit, die gerade im CSU-geprägten Umfeld in Bayern, aber auch in Erlangen immer noch unser größtes Engagement erfordert.

Ich zähle in diesem Zusammenhang aber auch dazu den interreligiösen und interkulturellen Dialog in unserer Stadt, die Partnerschaftsbeziehungen Erlangens, den Kampf gegen Rechts und die konsequente Wahrnehmung friedenspolitischer Positionen, weil all diese Bereiche die Voraussetzung schaffen, um sich überhaupt in Achtung und Wahrung der Menschenwürde den sonstigen politischen Erfordernissen stellen zu können.

Eines ist auf allen Feldern wichtig: Sagen was ist. Klare Linie vertreten – an dieser auch festhalten und dadurch Vertrauen und Glaubwürdigkeit wieder aufbauen.

An dieser Stelle darf ich aber auch noch einen großen Dank formulieren. Diese Arbeit wäre nicht möglich gewesen, ohne die stets tatkräftige und kompetente Mithilfe und Zuarbeit von Karin und Dieter. Die Art und Weise, wie Ihr mich unterstützt, mich aufmuntert, manchmal bremsst, wie Ihr mir freundschaftlich zur Seite steht und wie Ihr das Abgeordnetenbüro zu einer offenen, freundlichen Anlaufstelle gestaltet, das ist alles wirklich nicht selbstverständ-

lich – und alle anderen im Bebel-Haus unterstützen dies. Vielen herzlichen Dank!

Liebe Genossinnen und Genossen, es wird für uns natürlich nicht leicht werden, unsere Forderungen erfolgreich anzugehen. Aber ich will, gestärkt durch Euer Vertrauen und mit Eurer Unterstützung weiter diese Aufgabe anpacken. Und ich will mich dabei weiterhin voll einbringen in die Aufgaben, die hier vor Ort anstehen. Deswegen kandidiere ich auch wieder für den Stadtrat, deswegen unterstütze ich mit aller Kraft Ursula Lanig in unserem gemeinsamen Kommunalwahlkampf, weil wir nur in Geschlossenheit das nächste Jahr mit Erfolg meistern können.

Ursula macht deutlich, dass in unserer Stadt wichtige ungelöste Aufgaben auf sozialdemokratische Lösungen warten.

Und mir war es ein Anliegen, aufzuzeigen, dass unser Land 2008 vor wichtigen

Entscheidungen steht, die sozialdemokratische Antworten erfordern.

Vielleicht bestärkt uns auch ein Blick zurück in die bayerische Geschichte, um mit Selbstbewusstsein und Energie diese Aufgabe anzugehen:

Es war der Sozialdemokrat Kurt Eisner, der in der Nacht zum 8. November 1918 im Mathäser in München die Republik Bayern als Freistaat ausgerufen hat.

Es war der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner, der als Vater der Bayerischen Verfassung gilt. Am 1. Dezember 1946 hat die Bayerische Bevölkerung mit 70,6 % seinem Verfassungswerk zugestimmt. Und nach wie vor sind es viele sozialdemokratische Grundsätze, die dort verankert auf ihre Umsetzung in praktische Politik warten.

Schon allein diese historischen Wurzeln motivieren uns und geben allen Anlass, für

eine gerechtere Politik in Bayern zu kämpfen.

Darum darf ich – wieder einmal – mit einem Wort von Willy Brandt schließen, das er nicht allzu lange vor seinem Tod so formulierte:

„Die Sozialdemokratie muss an der Utopie einer sozialen Ordnung ohne Ausbeutung, ohne Erniedrigung, ohne Not und an der Vorstellung von einer Gesellschaft der Freien und Gleichen festhalten, in der die freie Entwicklung eines und einer jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller bleibt. Die Sozialdemokratische Partei wäre zu wenig nutzlos, wenn sie die reelle Hoffnung auf eine lebenswerte Zukunft nicht hätte und nicht weiter trüge.“

Danke für Euer Aufmerksamkeit und Euer Unterstützung!
Freundschaft!

Franken, aber gerechter!

Bewerbungsrede von Gisela Niclas um die SPD-Bezirkstagskandidatur 2008 für den Stimmkreis Erlangen

Liebe Genossinnen und Genossen,

bei der Nominierungsversammlung am Donnerstag, den 11. Oktober 2007, habe ich mich um das SPD-Bezirkstagsmandat 2008 für den Wahlkreis Erlangen beworben. Bis auf eine einzige Stimmenthaltung habe ich all Eure Stimmen bekommen. Für diesen überwältigenden Vertrauensbeweis danke ich Euch ganz herzlich, aber auch für die vielen Ermutigungen zu dieser Kandidatur im Vorfeld. Danke sage ich auch ausdrücklich unserem Kreisvorstand, der mir diese Kandidatur angetragen und mich einstimmig nominiert hat, namentlich vor allem Robert Thaler, unserem Kreisvorsitzenden, und Ursel Lanig, unserer OB-Kandidatin.

Auf vielfachen Wunsch übermittle ich Euch nachfolgend mein Statement, das ich an diesem Abend gehalten habe:

Die Entscheidung für diese Kandidatur ist mir nicht leicht gefallen. Ich bin neben meinen drei erfolgreichen Kandidaturen für den Stadtrat bereits zweimal an exponierter Stelle für unsere SPD angetreten, bei der Oberbürgermeister-Wahl 1996 und bei der Bundestagswahl 6 Jahre später. 2002 konnte ich mich zwar ebenso wie Heide Mattischeck vor mir und Renate Schmidt nach mir über das beste Erststimmenergebnis vor der CSU in meiner Heimatstadt Erlangen und über eines der besten Erststimmenergebnisse auf der gesamten Bayernliste freuen, aber das Direktmandat blieb mir, blieb uns seinerzeit verwehrt. Das war nicht nur bitter für unsere Partei, das ist auch persönlich nicht leicht zu verkraften.

Ich kandidiere nun für ein politisches Gremium, das in der demokratischen Landschaft Deutschlands eine einmalige Besonderheit ist. Die Einen halten den Bezirkstag für die kommunale Selbstverwaltung in

höchster Vollendung, die Anderen sehen darin ein eher verzichtbares Kuriosum.

Darüber folgt jetzt KEINE grundsätzliche Abhandlung. Ich beschränke mich lediglich auf ein paar wenige - eher launische - Anmerkungen.

Im Artikel 1 der Bayerischen Bezirksordnung heisst es vielversprechend: „Die Bezirke sind Gebietskörperschaften mit dem Recht, überörtliche Angelegenheiten (...) im Rahmen der Gesetze selbst zu ordnen und zu verwalten“. Das klingt gut, das klingt in der Tat nach solider Selbstverwaltung.

Aber schon im Artikel 3 wird klar, dass die schwarze Mehrheit des bayerischen Landtages, die diese Bezirksordnung politisch zu verantworten hat, sehr genau darauf achtet, dass die kommunale Selbstverwaltung nicht überbordert. Hier heißt es: „Die Bezirke können ihre geschichtlichen Wappen und Fahnen führen. Sie sind verpflichtet, sich bei der Änderung bestehender und der Annahme neuer Wappen und Fahnen von der Generaldirektion der

Staatlichen Archive Bayerns beraten zu lassen und soweit sie deren Stellungnahme nicht folgen wollen, den Entwurf der Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen.“

Ich denke, das ist symptomatisch für das gesamte politische Konstrukt der bayerischen Bezirke:

- Sie sind Selbstverwaltungsorgane, aber sie sind auch gesetzlich und in ihrem Verwaltungsapparat personell stark verschränkt mit der bayerischen Staatsregierung.
- Sie sind zuständig für die Unterstützung und Ergänzung sozialer, kultureller und Umweltaufgaben der Kommunen, also für die Kernaufgaben, bei denen es um soziale Gerechtigkeit, Gesundheit und Teilhabe der Menschen geht, um den demokratischen Zusammenhalt unserer Gesellschaft also, aber sie haben keine Planungszuständigkeiten. Dafür gibt es unabhängig neben den Bezirken die regionalen Planungsausschüsse.

- ...und über allem wachen Tag und Nacht als verlängerter Arm des Innenministers die Regierungsbezirke!

Mein Ziel, unser Ziel muss es sein, die Spielräume, die der Bezirkstag bietet, so aktiv und offensiv wie möglich zu nutzen im Interesse unserer BürgerInnen.

Im Rahmen der Aufgaben, die sich im Bezirk insgesamt stellen, möchte ich folgenden Schwerpunkte setzen:

1.) Erhalt einer guten und sicheren psychiatrischen und gerontopsychiatrischen Versorgung durch die Bezirkskliniken, einschließlich einer niederschweligen Versorgung für Suchtkranke

Ihr habt in den vergangenen Jahren verfolgt, dass es trotz CSU-Mehrheit im Bezirkstag Mittelfrankranken gelungen ist, dezentrale Strukturen im Klinikum am Europakanal durchzusetzen: Mehr Eigenständigkeit und Eigenverantwortung für die einzelnen Klinikbereiche, mehr Fachpersonal nahe bei den Patienten statt übergroßer Leitungsbürokratie.

Eigentlich müsste Brigitte Mugele ja für dieses Mandat kandidieren, sie wäre die geborene Bezirksrätin. Sie ist nicht mehr unter uns, aber ihr Name wird immer mit diesem Erfolg verbunden sein. Es hat sie sehr, sehr geschmerzt, miterleben zu müssen, wie kurz vor ihrem Ruhestand von einer mehrheitlich inkompetenten CSU-Bezirkstagsmehrheit das Rad wieder zurückgedreht wurde. Nicht nur den Betroffenen, den Patienten gegenüber, die durch übermäßigen Leistungsdruck an ihrem Arbeitsplatz, durch Arbeitslosigkeit, Vereinsamung o.a. psychisch krank oder suchtkrank werden, fühle ich mich verpflichtet, sondern auch Brigitte ganz persönlich.

2.) Erhalt einer bürgernahen Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen

Die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen soll bereits ab 1.1.2008 gänzlich auf die Bezirke verlagert werden. Das ist nach G 8, Büchergeld u.a. wieder einer der chaotischen politischen Schnellschüsse der Bayerischen Staatsregierung, dieses Mal im sozialen Bereich. Die Verlagerung kann sicher eine Chance sein: Für kleinere Städte und Landkreise, die keine oder nur unzureichende Hilfestrukturen für Behinderte haben, wird sich die Situation ganz sicher verbessern.

Da, wo es wenige oder gar keine Beratungsstellen gibt, wird sich die Situation ganz sicher verbessern. Aber da, wo das Netz bereits dicht geknüpft ist, wird es ausgedünnt. Das hat ein Vertreter der Bezirkssozialverwaltung bei einem Fachgespräch des „Zentrums selbstbestimmtes Leben“ in Erlangen bereits vor Monaten im Beisein des CSU-Landtagsabgeordneten festgestellt. Letzterer hat nicht wieder-sprochen.

Bei uns in Erlangen funktioniert die Eingliederungshilfe hervorragend in städtischer Zuständigkeit. Die Betroffenen haben ihre Anlaufstellen, ihre Beratung, ihre Netzwerke. Jeden Tag. Dafür haben seit den 70er Jahren in Erlangen wir Sozialdemokraten gesorgt, Die Betroffenen und ihre Verbände setzen sich vehement für die Erhaltung

dieser Strukturen ein. Sie befürchten massive Verschlechterungen durch die veränderte Zuständigkeit.

Ich sehe meine Aufgabe darin, gemeinsam mit Wolfgang Vogel und Alexandra Hiersemann im Landtag und mit Rosi Schmitt im Bezirkstag dafür zu sorgen, das durch die neue Zuständigkeit Verbesserungen für Alle erreicht und vorhandene, bewährte Hilfestrukturen und Netzwerke im Interesse behinderter Menschen nicht zerstört werden.

3.) Pflege: Qualität sichern in einem altengerechten Lebensumfeld

Einen dritten Schwerpunkt will ich setzen im Bereich der Pflege. Die Zuständigkeit für die ambulante Pflege liegt derzeit bei den Kommunen, die Zuständigkeit für die teilstationäre und stationäre Pflege bei den Bezirken. Auch das soll sich ändern. Die Kommunen sollen allein zuständig werden. Es weiß derzeit noch niemand, wann das sein wird, weil es im Gegensatz zum Bereich Eingliederungshilfe dafür noch keinen Gesetzesentwurf der CSU-Staatsregierung gibt.

Ich bin eine Befürworterin der umfassenden kommunalen Zuständigkeit; angesichts der demografischen Entwicklung ist es gut, als Stadt gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern qualitätsvolle Pflege als Teil altengerechter Stadtentwicklung „vor Ort“ zu steuern:

- Ein gut funktionierender Verkehrsumweltverbund - Rad, Bus und Bahn - muss verknüpft werden mit gut er-

reichbarer Nahversorgung, mit Sport- und Kulturangeboten.

- Wohnungen und Wohnumfeld müssen barrierefrei und sicher und durch kurze Wege erschlossen sein.
- Selbsthilfe und Nachbarschaftshilfe, betreutes Wohnen, ein enges und qualitativvolles Netzwerk von Präventions- und Reha-Angeboten, ambulanter Pflege, Tagespflege, teilstationärer und wohngruppenorientierter stationärer Pflege müssen geschaffen oder ergänzt werden überall da, wo es fehlt.

Das geht am besten „vor Ort“, erst recht, wenn die Kommunen dazu vom Freistaat auch angemessene finanzielle Unterstützung erhalten. Aber genau da liegt in Bayern das Problem! Nicht erst seit der „Büchergeld-Abzocke“ wissen wir, dass die CSU gerne staatliche Aufgaben an die Kommunen delegiert und diese dann auch noch dafür bezahlen lässt. Das ist kommunaler Finanzausgleich à la Stoiber und Beckstein,...

Der Freistaat hat sich z.B. längst aus der Investitionsförderung beim Bau von Altenpflegeeinrichtungen zurückgezogen und lässt die Kommunen mit dieser Verantwortung allein. Es ist zu befürchten, dass nach diesem „Rezept“ auch die eventuelle Zuständigkeitsänderung bei der Pflege laufen wird, wenn wie uns nicht dagegen wehren. Es darf nicht sein, dass den Bezirken einerseits eine Zuständigkeit genommen wird, die die Kommunen andererseits aufgrund völlig unzureichender Finanzmittel nicht stemmen können. Unabhängig von den Änderungen, die evtl. bevorstehen, gilt:

Ich will das Bezirkstagsmandat als Plattform und den Bezirk als Unterstützer für das Ziel nutzen, altengerechte Lebensbedingungen und die nötigen sozialen Dienste zur Erhaltung größtmöglicher Eigenständigkeit und Sicherung der Menschenwürde unserer alten Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Statt höchst bürokratischer Debatten um veränderte Zuständigkeiten brauchen wir in innovative Konzepte und eine integrierte Sozialplanung in Stadt, Land und Region: Soviel Kooperation wie nötig, soviel kommunale Selbstverwaltung wie möglich!

Für diese Ziele möchte im Bezirkstag arbeiten, aber auch „vor Ort“ werben.

Bayern, aber gerechter, das ist gut. Ich füge hinzu: Franken, aber gerechter.

Herzlichst
Eure Gisela Niclas



Bürgerempfang anlässlich des Bayerischen Verfassungstages

Sonntag, 2. Dezember 2007, 11.00 Uhr
Redoutensaal, Theaterplatz 1, Erlangen

Liebe Genossinnen und Genossen, der 1. Dezember 1946 ist die „Geburtsstunde“ des modernen Freistaats Bayern. An diesem Tag nahm die Bayerische Bevölkerung per Volksentscheid die neue Verfassung an. Zugleich wurde erstmals seit 1932 in einer freien Wahl wieder ein Bayerischer Landtag gewählt. Die Bayerische Verfassung ist Maßstab für die Ausgestaltung der Demokratie in Bayern. Sie geht entscheidend auf den sozialdemokratischen Nachkriegs-Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner als einem der Verfassungsväter zurück.

61 Jahre Bayerische Verfassung sind Anlass für Rückblick, Bestandsaufnahme und Richtungsbestimmung.

Persönlich und im Namen der SPD-Landtagsfraktion lade ich Euch herzlich ein

zum Bürgerempfang, um diesen Anlass gemeinsam zu würdigen.

Mit solidarischen Grüßen
Wolfgang Vogel
Landtagsabgeordneter

Programm:

- Begrüßung Wolfgang Vogel, MdL
- Festvortrag: „Wie sozial ist Bayern?“
Verfassungsauftrag und Verfassungswirklichkeit
Dr. Thomas Beyer, MdL, Landesvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt Bayern, Stv. Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und der BayernSPD
- Imbiss

Musik: Thomas Fink-Trio

MINDESTLOHN? Warum tut die Stadt nichts?

Veranstaltung des Erlanger Sozialforums und: Arbeitnehmerpastoral, attac, Erlanger Linke, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Grüne Liste, KDA, Die Linke, Juso-Unterbezirk, SPD-Kreisverband Erlangen

**am Mittwoch, den 14.11.,
um 20 Uhr im IGM-Saal,
Friedrichstr. 7 in Erlangen**

- Hauptreferat: Friedrich Sendelbeck, ver.di Mittelfranken
- Co-Referate:
 - N.N. zu SPD-Stadtratsantrag
 - Hajo Ehnes, Personalratsvors. Uniklinikum
 - Bernd Schnackig, Diözesansekretär
- Moderation: Andreas Richter, Juso-Unterbezirkvorsitzender

Alexandra Hiersemann und Rosi Schmitt für Erlangen-Höchstadt nominiert

Mit 100% wurde die Marloffsteiner Rechtsanwältin Alexandra Hiersemann als Landtagskandidatin für den Stimmkreis Erlangen-Höchstadt gewählt.

Für den Bezirkstag wird Rosi Schmitt aus Hemhofen antreten, die sich in der Wahl knapp gegen Günter Schulz aus Höchstadt durchsetzen konnte.

In Ihrer Bewerbungsrede lobte Alexandra Hiersemann die Wirtschaftsstärke der Landkreises Erlangen-Höchstadt und verprach: „Diese positive Entwicklung ist auch auf die konsequente Wirtschaftsförderung im Landkreis zurückzuführen. Auch hier will ich auf Landesebene mithelfen, dass unser Landkreis von Vestenbergsgreuth bis Eckental an vorderer Stelle bleibt.“ Einen Schwerpunkt legte Alexandra Hiersemann aber in der Bildungspolitik. Das Kind der Professorin habe in Bayern beste Chancen, eine akademische Ausbildung einzuschlagen, das Kind des Mitarbeiters der Müllabfuhr habe diese Chancen nicht! Chancengleichheit werde in Bayern demnach vererbt. „Meine Eltern waren keine Akademiker, in meiner Familie gehörte ich zur ersten Generation, die studierte – nach

dem derzeitigen Bild in Bayern, wäre mir das hier und heute nicht gelungen! So ist das hier in Bayern – und genauso eindeutig ist hier unser Auftrag, unsere politische Aufgabe, vehement gegen diese Entwick-

lung zu kämpfen – im Interesse der Kinder und Eltern und im Interesse einer gerechten und menschlichen Gesellschaft auch in der Zukunft“, forderte Hiersemann.



SPD-Erlanger Mitte

lädt ein zum Gespräch.

**Am Dienstag, den
20. November, 20.00
Uhr,
im Nebenzimmer der
Pizzeria Napoli,
Engelstr. 15**

Zum **Thema**: Radverkehrsverbindungen in Erlangen

Ursula Lanig

Jochen Kraft



Vorsitzender:
Christofer Zwanzig
Telefon: 4003764
Christofer.Zwanzig@spd-online.de

Anger

Liebe GenossInnen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

**Mitgliederversammlung
am Mittwoch, den 7. November 2007
um 20.00 Uhr im Anger-
wirt (Guhmannstr. 10)**

Der Distriktsvorstand trifft sich bereits um
19.30 Uhr.

Vorschlag für die Tagesordnung

1. Aktuelles und Berichte
2. Bahnprivatisierung (Hans Wachter hat sich bereit erklärt, zu referieren)
3. Kommunalwahl 2008 - Beschluss des Distriktsprogramms
4. Sonstiges

Terminvorschau

- 5.12., Gemütlicher Jahresausklang

Für den Distriktsvorstand mit solidarischen
Grüßen

Sandra Radue und Christofer Zwanzig



Vorsitzender:
Wolfgang Peter
Telefon: 303090
bruck@spd-erlangen.de

Bruck

Liebe Genossinnen und Genossen,
unsere nächste Distriktsitzung ist am

**Dienstag, den 20.11. um
20 Uhr beim FSV Bruck**

Wir müssen in die heiße Phase des Wahl-
kampfes eintreten. Deshalb möchte ich alle

Mitglieder des Distriktes bitten, uns zu un-
terstützen und zahlreich an der Sitzung
teilzunehmen.

Wir freuen uns auf Euch.

Für den Vorstand
Wolfgang Peter



Vorsitzende:
Heike Fischer
Telefon: 09135-6269

Dechsendorf

Liebe Genossinnen und Genossen,
Wir laden Euch alle recht herzlich ein zu
unserer öffentlichen Veranstaltung

**Frühschoppen mit U. Lanig
„Weißwurst und Politik“
am 11.11., 11:00 Uhr
im Gasthof Rangau, Röt-
tenbacher Straße 9**

und zu unserer nächsten

**Distriktsversammlung
am Dienstag, den 4. De-
zember um 20:00 Uhr im
Gasthof Rangau**

Vorschlag für die Tagesordnung:

1. Aktuelles und Berichte
2. Vorbereitung Dechsendorfer Rundbrief
3. Sonstiges

Protokoll der Distriktsver- sammlung vom 23.11.07

Im Mittelpunkt unserer Versammlung
standen die Aktivitäten für den Kommu-
nalswahlkampf:

- Die am 20. Oktober von Ursula Lanig und Heike Fischer durchgeführten Hausbesuche sind sehr positiv aufgenommen worden, häufig angesprochen wurden die Verbesserung des Radweges über den Heusteg und die Situation des Weiher. Fortsetzung folgt.
- Bei der Veranstaltung am 11. November versprechen wir uns ein ähnlich reges Interesse; Flyer und Plakate sind vorbereitet.

Für den Vorstand
Wolfgang Schwerna



Vorsitzender:
Manfred Jelden
Telefon: 601333
manfred.jelden@nefkom.net

Eltersdorf

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

**Dienstag, 20.11. um
20:00 Uhr im Schützen-
haus**

Tagesordnung:

wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Manfred Jelden



Vorsitzender:
Gabi Dorn-Dohmstreich
Telefon: 992114
dohmstreich@nefkom.net

Frauenaurach

Einladung zur nächsten

**Distriktversammlung
am 20. November 2007
um 20:00 Uhr
im AWO-Raum**

Tagesordnung

1. Aktuelles
2. Bericht aus den Wirtschaftsgespräch mit den ansässigen Firmen
3. Bericht aus der Fraktion
4. Bericht vom Kreisvorstand
5. Status und Termine des Kommunalwahlkampfes
6. Verschiedenes

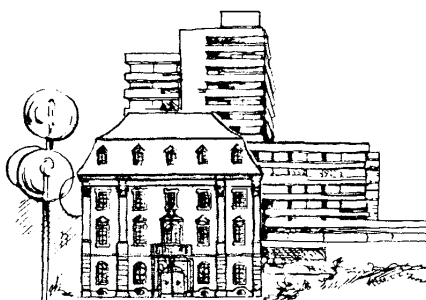
Protokoll der Distriktversammlung am 09.10.07

Nun sind die Bauarbeiten der Hüttendorfer Straße und unseres „Löchlas“ abgeschlossen. Unsere Kritik am Ausbau der Hüttendorfer Straße führte zu einer unmöglichen Verschwenkung des Radweges, die auch

noch mit einem Randstein abgeschlossen wurde. Ein Radfahrnfall ist vorprogrammiert (und nun auch schon passiert). Den Distriktmitgliedern ist schleierhaft, wie man mit soviel Geldeinsatz im „Löchla“ null Effekt erreichen kann. Radfahrer und Fußgänger können weiterhin bequem duschen. Vorschlag an die Verantwortlichen: Herabsenkung der Autogeschwindigkeit auf Schrittgeschwindigkeit und eine Geschwindigkeitsmessaanlage fest installieren. Damit es auch eingehalten wird. Da es ja nicht immer regnet, kann es auch eine variable Geschwindigkeitsanlage sein wie auf der Autobahn. Könnte auf die Dauer billiger sein als die ewigen, nicht effektiven Reparaturversuche.

Der Distrikt wundert sich, dass die Albertusstraße immer noch nicht fertig ist. Die Verwaltung hat die Aussage getroffen, dass dies bis zum Schuljahresbeginn der Fall ist. (Mittlerweile haben wir von der ausführenden Firma erfahren, dass dies eine Fehlinformation der Verwaltung war und die Straße planmäßig bis Anfang November fertig wird).

Protokollführung
Gabi Dorn-Dohmstreich



Vorsitzende:
Barbara Pfister
Telefon: 502481
barbara.pfister@fen-net.de

Innenstadt

Liebe Genossinnen und Genossen,
da in diesem Monat einige sehr interessante Veranstaltungen stattfinden, haben wir auf der Distriktversammlung im Oktober beschlossen, die November-Sitzung ausfallen zu lassen.

Neben der Veranstaltung zum **Mindestlohn am 14.11.** wollen wir insbesondere zu einem Vortrag des Quartiersmanagements für die Innenstadt gehen: Am **Dienstag, 13.11., 19 Uhr** geht es im Büro des Quartiersmanagements (Martin-Luther-

Platz 3) um das Thema „**Konzeptplan historische Innenstadt / Stadterneuerung**“

Näheres zu dieser und weiteren Veranstaltungen findet ihr im Internet unter: www.erlangen.de/Quartiersmanagement.

Im Dezember wollen wir unseren traditionellen **Weihnachtsstammtisch** kombinieren mit Beratungen zum Wahlkampf. Dieser Termin findet am **11.12., 20 Uhr** statt.

Für den Vorstand
Barbara Pfister



Vorsitzender:
Jochen Kraft
Telefon: 6146287
kraft.jochen@gmx.de

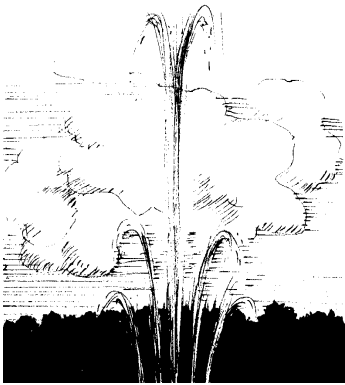
Ost

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

**Distriktversammlung
am Dienstag, den
13.11.2007, 20.00 Uhr
in der Waldschänke, Lan-
ge Zeile 104**

Jochen Kraft

**Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Ausgabe Dezember 2007
Mittwoch (!), 21.11.2007**



Vorsitzende:
Brigitte Rohr
Telefon: 4000974

Süd

Liebe Genossinnen und Genossen,
in der letzten Sitzung des Distrikts Süd am
10.10.2007 wurde Klaus Birkner einstimmig
zum Revisor des Distrikts Süd gewählt.

Termin für die nächste Sitzung ist:

**21.11. 20 Uhr, Biergarten
Röthelheimpark**

Themen: Wahlkampf, Distriktszeitung,
Hausbesuche

Termin für den

**Stadtrundgang Süd mit
Ursula Lanig:
2.11. 16-18 Uhr
ab Röthelheimbad über
Brüxer Str. bis zum East-
house**

Für den Vorstand
Brigitte Rohr



Vorsitzender:
Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

Tennenlohe

**Protokoll der Distriktver-
sammlung vom 9.10.07**

Aktuelles

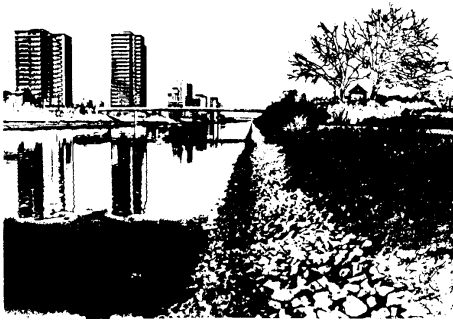
Diskussion mit Anwohnerin über „Wohn-
park Toskana“ (achbarschaftskonflikt,
Zugänge/Garagen/Parkplätze)
Rückblick auf die Ortsbegehung vom
5.10. mit vielen längeren Diskussionen
(Kirche, Weiher, SV-Tennenlohe, Grund-
schule, „Grilleck“- Kunstkreis möchte

Kunstwerk dort belassen, Bolzplatz...).
Gespräch mit Jugendclub folgt Anfang
November.

Aktionen zur Kommunalwahl

Rolf hat interessante Grundlage für Wer-
bematerial besorgt. Über das Ortsteilpro-
gramm wurde diskutiert aber noch nicht
endgültig beschlossen.

C. Schnapper



Vorsitzender:

Gerd Peters
Telefon: 44366
gerd.peters-er@t-online.de

West

Liebe GenossInnen und Genossen!
Am 31.10., fast schon im November, haben wir intensiv mit Wolfgang Niclas über die Problematik „Tarifpolitik, Mindestlohn und Hartz IV“ diskutiert. Auf der Vorstandssitzung am 17.10. haben wir uns deshalb entschlossen, das jährliche Karpfenessen auf Ende November vorzulegen, um angesichts der vielen Weihnachtsfeiertermine möglichst vielen von Euch die Chance zur Teilnahme zu geben. Deshalb findet im November keine weitere Distriktsversammlung statt.

Wir treffen uns zum

**Karpfenessen am Freitag,
den 30.11. ab 19.00 im**

Gasthaus „Drei Linden“ (Krapp) in Alterlangen.

Es wäre schön, wenn wir Euch dort zahlreich begrüßen könnten.

Im Vorfeld des Wahlkampfes finden im November bereits etliche Hausbesuche zusammen mit Ursula Lanik, unserer OB-Kandidatin, im Stadtwesten statt. Außerdem steht die Verteilung des neuen „Westboten“ an. Organisations- und Konzeptprobleme des Wahlkampfes diskutieren wir darüber hinaus im Vorstand.

Im Namen des Vorstands
Gerd Peters

Raststätte Aurach darf gebaut werden – aber kleiner als geplant. MdL Wolfgang Vogel pocht auf weiteren Lärmschutz

Der Petitionsausschusses des Bayerischen Landtages hat in seiner letzten Sitzung (Mittwoch, 24.10.07) die Petitionen der Stadt Herzogenaurach zur geplanten



Erweiterung der Autobahnrastanlage Aurach behandelt.

Wolfgang Vogel, Landtagsabgeordneter aus Erlangen, hat für die SPD-Fraktion die Berichterstattung übernommen und ist mit dem Ergebnis nur ansatzweise zufrieden. „Ich bedaure es sehr, dass die Erweiterung der Rastanlage auf jeden Fall

kommen wird. Es wurde allerdings in Teilen ein erfreulicher Kompromiss erreicht.

So werden die Stellplätze und die Gesamtflächen um ca. 30 Prozent verringert. Allerdings sind Fragen des Lärmschutzes noch nicht zufrieden stellend geklärt worden. Hier muss im Rahmen des anstehenden Planfeststellungsverfahrens und weiteren Maßnahmen nachgebessert werden,“ so der Abgeordnete.

Die Planungen für die Raststätte sehen vor, dass die Gesamtgrundstücksflächen um rund 30 Prozent reduziert werden. Das bedeutet konkret: Bei den LKW-Stellplätzen eine Reduzierung von 200 auf 140 Plätze und bei den PKW-Stellplätze eine Reduzierung von 277 auf 197 Plätze. „Damit wird dem engagierten Einsatz der betroffenen Bürgerinnen und Bürger und den Einwänden der Kommunen zumindest ein Stück weit Rechnung getragen“, so Vogel.

Immerhin wurde bei der Frage nach der Umweltverträglichkeitsprüfung auf Nachfrage des Abgeordneten festgehalten, dass diese im Rahmen des neuen Planfeststellungsverfahrens stattfinden soll.

Außerdem wurde von Seiten des Ministeriums zugesichert, die Gesamtplanungen und das vollständige Ausbauprogramm mit in das Planfeststellungsverfahren einzubeziehen. „Damit wird man einen vollständigen Überblick über das Vor-

haben gewinnen,“ so Vogel. „Es kommt nun darauf an, dass bei dem neu einzuleitenden Planfeststellungsverfahren die Einhaltung dieser Zusagen und die Sicherstellung des erreichten Kompromisses auch gewährleistet sind.“

Sehr unzufrieden ist Vogel aber darüber, dass bei der Errichtung von Lärmschutzwällen oder Lärmschutzwänden entlang der Beschleunigungsspuren keine Zusagen erreicht werden konnten. Hier wurde vom Innenministerium darauf hingewiesen, dass der Lärmschutz entlang der Strecke unter anderem abhängig sei vom Ausbau der A3. Obwohl zusätzlicher Lärm durch die Auf- und Abfahrt zur vergrößerten Rastanlage entstehen wird, wird der Schutz vor diesem Lärm nicht der Baumaßnahme der Rastanlage zugeordnet.

Auch die Forderung der Stadt Herzogenaurach, die geplanten LKW-Stellplätze mit Elektroanschlüssen für Kühlaggregate auszustatten, um zusätzlichen Lärm zu verhindern, ist nicht im Beschluss enthalten.

Für Vogel steht fest: „Das Problem Lärmschutz wird erneut auf die lange Bank geschoben“. Er will deshalb beim Innenministerium weiter darauf drängen, dass der Lärmschutz im Interesse der Bürgerinnen und Bürger nachgebessert wird und wird sich umgehend mit dem neuen Innenminister Joachim Herrmann in Verbindung setzen.



Vorsitzende:
Helga Steeger
Telefon: 47866
helga.c.steeger@t-online.de

60plus

Liebe 60plus-Genossinnen und -genossen,
wir laden ein für

**Dienstag, 20.11.2007,
16.00 Uhr im August-
Bebel-Haus.**

Tagesordnung:

1. Aktuelles
2. Berichte
3. Rückschau
 - Auf die öffentliche Veranstaltung am 18.10.07 mit Renate Schmidt und Alexandra Hiersemann zum Thema "Für unsere Zukunft sind alle Generationen wichtig".

- Überlegungen zu unserem Antrag zur Pflegeversicherung und
 - Infos zur „netten Toilette“.
3. Verschiedenes

Am 3. Oktober konnte ich aus Jena unseren Genossen Ernst Werner von der AG 60 plus kennenlernen. Im Rahmen unserer Städtepartnerschaft planen wir ein Treffen noch im Dezember dieses Jahr.

Die öffentliche Vorstandssitzung findet statt am 26. Nov. 2007 im August-Bebel-Haus, 16.00 Uhr.

Für den Vorstand und mit herzlichem Gruß
Helga Steeger



Vorsitzende:
Michelle Starck
Telefon: 0163-1114780
mitch_ave@yahoo.de

Jusos

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir treffen uns im November:

- Dienstag, 06.11.
 - Dienstag, 20.11.
- jeweils um 20 Uhr im August-Bebel-Haus.

Sozialistische Grüße
Michelle

Protokoll der Juso-Sitzung am 02.10.2007

Erstens!Frauen

Veranstaltung der Jusos zusammen mit der AsF am 17.10. zum Thema „Mitbestimmung unter 18“. Verschiedene Organisationen wie der Kreisjugendring etc. wurden eingeladen. 20:00 Uhr im E-Werk wird die Veranstaltung stattfinden. Vorbereitungstreffen am 04.10. um 18:00 Uhr im ABH.

2. Berichte und Aktuelles:

Die Grüne Jugend und das Jugendhaus haben sich noch nicht auf die Anfrage gemeldet, ob sie Interesse an einer Demon-

stration und einer dazugehörigen Kundgebung gegen die Sicherheitspolitik von Schäuble & Co. hätten. Andreas R. wird sich darum kümmern.

3. Wahlkampf:

- Buttons: Hierbei wird an vorangegangene Veranstaltungen angeknüpft. Z.B. Pantoffeln auf die Buttons. Sylvi zwecks Design anfragen.
- Flyer: Zu jeder Veranstaltung einen und einen allgemeinen mit den Juso-Kandidatinnen und Kandidaten. Dazu werden neue Fotos gemacht werden und jeder/ jede sucht sich einen Satz aus dem Wahlprogramm aus. Sylvi ebenfalls wegen der designmäßigen Durchführung fragen..
- Postkarten: Philipp fragt bei den Schwaben- Jusos nach bezüglich der Durchführung.

4. Sonstiges:

- Elena berichtet vom Jubiläumskonzert des Jugendhauses im E-Werk.
- Nächstes Treffen am 30.10. um 20:00 Uhr im ABH.



SPD-

Rathaustelegamm

Nummer 10/2007

S. 1

SPD begrüßt Einbringung des Bäderkonzepts in den Stadtrat

Der Zeitplan wurde eingehalten. Zwar mit Hindernissen – aber in der Oktober-Sitzung des Stadtrates war es soweit. Die Erlanger Stadtwerke präsentierten das in den letzten zehn Monaten erarbeitete Bäderkonzept: Beginn Generalsanierung des Rötelheimbades ab Herbst 2008 und Neueröffnung zur Freibadesaison 2009, Baubeginn Neubau Hallenbad und Verbesserung der Außenanlagen des



Freibades im Frühsommer 2009 auf dem Gelände des Freibades West (wegen Umbau der Technik zur gemeinsamen Nutzung für Hallen- und Freibad ist das Westbad in dieser Sommersaison nicht nutzbar), 2010 Neueröffnung Hallenbad und Freibad.

Vorbildliche Bürgerbeteiligung

Unter vorbildlicher Bürgerbeteiligung in insgesamt drei Workshops haben die Erlanger Stadtwerke in enger Zusammenarbeit mit dem Sport- und Bäderamt, den Fraktionen sowie VertreterInnen aus den Bereichen Sport, Kultur, Soziales, Jugend, Senioren und dem Bündnis für Familie ein Bäderkonzept erarbeitet, das für die nächsten 30 bis 40 Jahre zukunftstauglich ist und in kommunaler Hand bleibt – so, wie es die überwältigende Mehrheit der ErlangerInnen beim Bürgerentscheid im Januar 2005 gefordert hatte. Das neue Konzept berücksichtigt alle Interessen: Die von Familien, Kindern und Jugendlichen, vom

Schul- und Vereinssport bis hin zu Gesundheitsschwimmen und „Aqua-Fitness“ für die ältere Generation. Es bietet größere Nutzungsmöglichkeiten und schafft damit die Voraussetzungen für eine Senkung des Betriebsdefizits und höhere Wirtschaftlichkeit.

ESTW bereit zur finanziellen Beteiligung

Die Gesamtkosten betragen rund 20 Millionen Euro. Die Stadtwerke sind bereit, die Betriebsträgerschaft für alle Bäder zu übernehmen und sich an den Investitionskosten zu beteiligen. Sie sind Trägerin des Hallenbades Frankenhof, das nach Errichtung des Ersatzbaus im Westbad geschlossen werden soll. Jetzt ist die „Mutter“ Stadt am Zuge und muss sich konkret festlegen, wie viel ihr die Bäder und damit die Gesundheit ihrer Bürgerinnen und Bürger wert ist.

Fraktionsvorsitzende Gisela Niclas dankte den Stadtwerken und dem Sportamt, aber auch allen Bürgerinnen und Bürgern für die engagierte Arbeit und das solide Ergebnis. Sie sprach sich dafür aus, weitere Möglichkeiten zur Kosteneinsparung durch Nutzung des steuerlichen Querverbundes zu prüfen. Die Voraussetzung hierfür könnten geschaffen werden durch die Errichtung eines Blockheizkraftwerks im Freibad West. Dieses könne auch gleichzeitig die Energieversorgung des Cesiwid-Geländes gewährleisten, wo in den nächsten Jahren ein Nahversorgungszentrum und Wohnbebauung entstehe.

Wie ernst ist der CSU ihr Versprechen zur Umsetzung?

Zwar hat die größte „Regierungsfraktion“, die CSU, beteuert, am Zeitplan festhalten zu wollen, d.h. die ESTW übernehmen alle Bäder zum 1. Januar 2008 und beginnen im Herbst 2008 mit der Sanierung. Aber Zweifel an der Ernsthaftigkeit sind bereits vor der Stadtratssitzung aufgekommen: Trotz klarer Vereinbarung standen die Bäder gar nicht auf der Tagesordnung des Stadtrates, die Behandlung des Themas musste von der SPD und Anderen angemahnt werden. Die Öffentlichkeit war über die nachträgliche Behandlung des Bädertemas im Stadtrat nicht informiert worden. Trotz vorheriger Behandlung in Sportausschuss und Aufsichtsrat gab es zunächst keine Sitzungsvorlage. Diese erschien erst als 15seitige Tischaufgabe unmittelbar zu Sitzungsbeginn. Warum diese



Zögerlichkeit? Der Kämmerer hat im Haushaltsentwurf keinerlei finanzielle Vorkehrung getroffen für den Sanierungsbeginn 2008, Die CSU hat keinen Haushaltsantrag gestellt für 2008, die FDP will 3 Mio. für den Kosbacher Damm, aber keinen einzigen Euro für die Bädersanierung. Da kann man schon ins Grübeln kommen und sich fragen: Wie ernst ist der CSU bzw. der schwarzgelben Mehrheit ihr Versprechen zur Umsetzung ?

Fraktionsvorsitzende Gisela Niclas stellte im Stadtrat unmissverständlich fest: „Mit dem Bürgerentscheid vom Januar 2005 haben die Bürgerinnen und Bürgern diesen Stadtrat in die Pflicht genommen. Sie haben ein Recht auf eine konkrete Bäder-Entscheidung noch in dieser Amtszeit.“

Die SPD-Fraktion hat einen konkreten Haushaltsantrag für 2008 gestellt. Spätestens bei den Haushaltsberatungen muss die Mehrheit bekennen, ob sie ihren Worten Taten folgen lassen oder das Bädertema in den nächsten Stadtrat verschleppen will. Bis dahin wäre nämlich die Bindungswirkung des Bürgerentscheids abgelaufen und eine „Neuaufgabe“ der Privatisierung möglich.

Ursel Lanig gratuliert mit „Privatisierungs-Schlappen“ zum Bürgermeisterjubiläum...

...und erinnert Bürgermeister Gerd Lohwasser, gleichzeitig Sportreferent, an den Bürgerentscheid mit den Worten: „**Sie haben diesen Entscheid sportlich und fair entgegen genommen, vielleicht haben Sie sich ja auch klammheimlich darüber gefreut?!**“ Um weiter Mut zu machen für die Realisierung des Bäderkonzepts erhielt Lohwasser aus der Hand der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden lauter schöne Geschenke: Rote Badeschlappen mit „Beipackzettel“ zur Vermeidung von Privatisierung im Bäderbereich, einen roten Eimer voll hochwertigen Erlanger Wassers, das in unseren neuen Bädern schwappen soll, verbunden mit der Hoffnung, dass mit Sanierung und Neubau begonnen wird, bevor es verdunstet ist und eine kleine Ente mit roter Schleife, die symbolisiert: wer schwimmt, geht nicht unter. Und dazu ein rotes Badetuch zum Ausruhen nach dem Schwimmen, während der Jubilar in den neu gestalteten Bädern das Lob der glücklichen Erlangerinnen und Erlanger entgegen nimmt.



Endlich: Keine weitere Erhebung des Büchergeldes in Erlangen

Oder: Wie die CSU-Landesregierung die Kommunen in Bayern übers Ohr haut

Im Oktober-Stadtrat wurde nun einstimmig im Sinne des SPD-Dringlichkeitsantrags vom September entschieden. **Stadträtin Ursula Lanig begrüßte diese Entscheidung im Interesse der SchülerInnen und ihrer Eltern und forderte den Oberbürgermeister mit allem Nachdruck auf: „Zeigen Sie Mut und protestieren Sie dagegen, dass die CSU-Landesregierung die Kommunen übers Ohr haut.“**

Die SPD-Fraktion hatte bereits im September-Stadtrat gefordert, sofort Schluss zu machen mit der weiteren Erhebung des Büchergeldes und die unverzügliche Abschaffung durch den Freistaat Bayern verlangt. Mitte September hatte die bayrische Staatsregierung verlauten lassen, dass das Büchergeld wieder abgeschafft werden soll, allerdings erst zum Schuljahr 2008/2009. Was die SPD von Anfang an kritisiert hatte – nämlich, dass die Erhebung des Büchergeldes ein Verstoß gegen das Verfassungsgebot der Lernmittelfreiheit ist, die ungleiche Verteilung der Bildungschancen für Bayerns Kinder verschärft, die Eltern unverhältnismäßig stark belastet und zudem hohen Verwaltungsaufwand erfordert – hat inzwischen auch die Staatsregierung verstanden. Dennoch mochten es sich der Erlanger CSU-Oberbürgermeister (inzwischen aufgerückt ins Präsidium seiner Partei!) und die Stadtratsmehrheit nicht mit den neuen Partei- und Regierungsoberen in München verderben. Sie lehnten eine sofortige Entscheidung ab und verschoben das Anliegen über den Schulausschuss in den Oktober-Stadtrat. Hier wurde nun einstimmig entschieden. Die bittere Pille

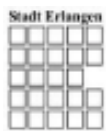


dabei: Die Stadt muss das Büchergeld für 2007 aus eigenen Mitteln finanzieren, rund 400.000€ fallen voraussichtlich an. Die alte und neue CSU-Regierungsspitze in München denkt gar nicht daran, das Konnexitätsgesetz („wer zuständig ist, muss zahlen“) einzuhalten. Trotz Büchergeld-Protest aus ganz Bayern erfolgt die endgültige Abschaffung erst zum Schuljahr 2008/09 – sozusagen als „Zucker!“ für die Landtagswahlen. Bildung ist Ländersache. Der Freistaat müsste daher für die Lernmittelfreiheit zahlen. Aber er nutzt den Druck, unter dem die Kommunen durch die anhaltenden Elternproteste stehen, unverfroren aus und erteilt den Städten und Gemeinden lediglich die „Erlaubnis“, kein Büchergeld mehr zu erheben. Finanziert werden muss es aber dann aus örtlichen Haushaltsmitteln. Wieder einmal haut die CSU-Landesregierung die Kommunen in Bayern übers Ohr!

SPD-Initiative für mehr Ausbildungschancen durch Berufsschulfachklassen:

Entscheidung im Frühjahr verschleppt, Umsetzung 2008 ungewiss

In Ausgabe 2/2007 berichteten wir im Rathaustelegamm vom Antrag der Stadtratsfraktion, durch die Schaffung von Fachklassen an Berufs- und Wirtschaftsschule dringend benötigte zusätzliche Ausbildungsplätze für Jugendliche zu schaffen. Trotz der verhältnismäßig guten Arbeitsmarktsituation insgesamt in Erlangen ist die Jugendarbeitslosigkeit hoch. Nach wie vor fehlen genügend Ausbildungsplätze. Vorbild für den damaligen SPD-Antrag war die Nachbarstadt Nürnberg, die mit der Einrichtung von Fachklassen erfolgreich Ausbildungschancen schafft. Um im September 2007 starten zu können, hätte bis spätestens April eine Entscheidung fallen müssen. Trotz Erinnerung durch die Antragsteller wurde im Frühjahr einfach „vergessen“, den Antrag zu bearbeiten, den



Nürnberger Leiter des Amtes für berufliche Schulen als Experten zur Schulausschusssitzung einzuladen und das Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Das gelang nach mehrmaliger Mahnung endlich nach der Sommerpause. Die überaus positiven Nürnberger Erfahrungen überzeugten auch die CSU: Für das nächste Jahr soll das Projekt „Fachklassenausbildung“ auch in Erlangen angegangen werden. Im Haushalt 2008 ist dafür allerdings bislang kein einziger Euro vorgesehen. Die SPD hat dazu einen Antrag gestellt. **Dazu Stadträtin Barbara Pfister: „CSU und FDP können bei der Abstimmung beweisen, was ihnen die jungen Arbeitslosen und deren Zukunftschancen wert sind.“**

Stadtplanung à la CSU im Umweltjahr: Klimaschutz beschwören...und Autoverkehr fördern

Stadtteilzentrum Büchenbach, Begegnungszentrum Röthelheimpark: Mehrfach hat die CSU in jüngster Vergangenheit bewiesen, dass von Nachhaltigkeit bei der Stadtplanung keine Rede sein kann. Diesmal hat es die Bürgerinnen und Bürger rund um die Häuslinger Straße erwischt. Eigentlich schien dort alles klar: Die (Allen bekannten!) Planungen für den Adenauerring und die weitere Entwicklung des Neubaugebietes sahen nämlich vor, dass nach dem Ringschluss des Adenauerrings die Häuslinger Straße zu einem Fuß- und Radweg zurückgestuft werden sollte. Dies entsprach ausdrücklich den Anwohnerinteressen nach Verkehrsberuhigung. Doch getreu dem Motto des Namensgebers des Rings – „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern?!“ – beschloss die CSU/FDP-Mehrheit im Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss (UVPA) gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, die Häuslinger Straße als Verbindungsstraße zu erhalten.

Für die verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion, Felizitas Traub-Eichhorn, ist das eine kurzsichtige Entscheidung mit langfristigen negativen Folgen: „Hier wurden die Bürger bewusst getäuscht. Die Erhaltung der Straße entgegen der ursprünglichen Planung zerschneidet das Naherholungsgebiet Bimbachtal. Außerdem bringt die bald nötige Sanierung der Straße für die Anwohner erhebliche Kosten, da dann die Straßenausbaubeitragssatzung zur Anwendung kommen muss.“ Zudem sei angesichts der gigantischen Planungen von Adidas für ein riesiges Lifestyle- und Einkaufszentrum von überregionaler Bedeutung in Herzogenaurach damit zu rechnen, dass der Durchgangsverkehr in der Häuslinger Straße und im Ortskern von Büchenbach in den nächsten Jahren eher noch zunehmen wird. Die SPD-Sprecherin hält dies für einen eklatanten Widerspruch zu dem ständig von der Stadtspitze im Umweltjahr so viel beschworenen Klimaschutz.



Familienfreundliche Stadt nur für die Besserverdienenden? Oder: Warum die Kinder im Anger dieses Jahr *keinen* schönen Spielplatz bekamen

Im letzten Jahr beantragte die SPD-Fraktion, einen Spielplatz am Moorbachweg, einem Neubaugebiet mit Eigenheimen in Dechsendorf, zu bauen und dafür Mittel im Haushalt 2007 bereitzustellen. CSU, FDP, FWG und ÖDP lehnten den SPD-Antrag einhellig ab. Aber kaum war der Haushalt 2007 beschlossen, kam genau aus diesen Reihen der gleiche Antrag. Nur mit dem Unterschied, dass das Geld dafür aus dem Budget für die Sanierungs- und Baumaßnahmen im Spielplatzbereich insgesamt genommen werden musste. Denn: Der Antrag der SPD auf eigene Mittel für den Moorbachweg war ja abgelehnt worden. Nach heftigen Debatten fasste der Kultur- und Freizeitausschuss (KFA) vor der Sommerpause einstimmig – also auch mit den Stimmen der oben aufgezählten Fraktionen – den Beschluss, dass die für den Moorbachweg ausgegebenen Mittel dem Budget wieder zur Verfügung gestellt werden müssen. Andere, bereits lange geplante Spielplatz-Maßnahmen sollten nicht darunter leiden müssen. Der Oberbürgermeister legte nach Gutsherrenart gegen diesen Beschluss „sein Veto“ ein. Dazu hat er nach der Bayerischen Gemeindeordnung aber gar kein Recht, er hätte – so heißt es im „Amtsdeutsch“ des Gesetzes – den Beschluss des KFA im Stadtrat „überprüfen“ lassen müssen, um eine andere Entscheidung herbeizuführen. Im „Sommerloch“ kam aber von der Referentenbank kein Protest und vom Kämmerer kein Ausgleich für das Spielplatzbudget. Und so haben die Kinder im Anger jetzt das „Nachsehen“: Ihr Spielplatz in der Neckarstraße, einem Bereich mit Geschosswohnungsbau, Sozialwohnungen und wenig Grün- und Freiflächen, kann in diesem Jahr nämlich nicht mehr saniert werden, weil dafür das Geld fehlt. **Birgit Hartwig, Sprecherin für Jugend, Familien und Freizeit der SPD-Fraktion fragt empört: „Ist die familienfreundliche Stadt Erlangen nur etwas für die Besserverdienenden?“**

Unsere weiteren Anträge:

- Haushaltsanträge für 2008
- Umbau der Kindertagesstätten in Familienzentren
- Sanierung der alten Schule am Dechsendorfer Platz
- Ankauf einer weiteren Heinrich-Kirchner- Plastik

Um weitere Informationen zur Arbeit der SPD-Stadtratsfraktion zu erhalten, schauen Sie auch ins Internet unter www.spd-fraktion-erlangen.de oder schicken Sie uns eine Mail. Gerne senden wir Ihnen die in den einzelnen Beiträgen genannten Anträge im Wortlaut per E-Mail zu.

Kontakt:

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Telefon: 09131-862225
Fax: 09131-862181
Mail: spd@erlangen.de
Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de

Impressum:

Das SPD-Rathaustelegramm wird erstellt durch die SPD-Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen.
Verantwortlich: Gisela Niclas
Redaktionelle Gestaltung: Gary Cunningham

Für ein neues Verbotsverfahren

Keine Steuergelder mehr für die NPD!



Kraft der
Erneuerung.

Der Rechtsextremismus in Deutschland hat in den vergangenen Jahren sein Gesicht verändert. Mit noch nie da gewesener Gewaltbereitschaft und Aggressivität machen Neonazis Jagd auf Menschen und bekämpfen unsere demokratischen Werte. Jeden Tag werden heute drei Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund verübt – Tendenz steigend. Gleichzeitig versuchen Rechtsextremisten mit immer subtileren Methoden, antidemokratische Parolen und Positionen in die Mitte der Gesellschaft zu transportieren.

Die rechtsextreme Szene ordnet sich dabei immer mehr der NPD unter. Unverhohlen aggressiv verfolgt diese Partei ihre rassistischen, antisemitischen und totalitären Ziele. Personell ist die NPD inzwischen eng mit „Freien Kameradschaften“ und ihren gewaltbereiten Mitgliedern verbunden. Auch nach ihrem Einzug in die Landtage von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern macht die NPD keinen Hehl aus ihren rechtsextremistischen und klar verfassungsfeindlichen Zielen – ganz im Gegenteil.

Rechtsextremen Sumpf austrocknen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben keinen Zweifel, dass die NPD eine aggressiv-kämpferische Grundhaltung gegenüber unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung hat. Deshalb muss die NPD verboten werden! Wir sehen nicht tatenlos zu, wie die NPD ihre menschenfeindlichen Aktivitäten vorantreibt.

Ein NPD-Verbot beseitigt natürlich nicht das rechtsextreme Gedankengut in den Köpfen mancher Menschen. Aber es trägt dazu bei, der Partei den legalen Mantel zu entwenden und sie finanziell auszutrocknen. Denn die NPD finanziert sich zu zwei Dritteln aus Steuergeldern.

Bei unserer Forderung nach einem neuen NPD-Verbotsverfahren stehen wir nicht allein. Nach einer aktuellen Umfrage des Fernsehsenders N24 unterstützen uns 66 % aller Bundesbürger.

Deutschland braucht eine wehrhafte Demokratie.

Die SPD hat eine lange Tradition im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Unseren Grundwerten und unserer Geschichte verpflichtet stehen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit voller Überzeugung in vorderster Reihe, wenn es gilt, dem Rechtsextremismus in Deutschland Einhalt zu gebieten. Dabei wissen wir: Der Kampf gegen den Rechtsextremismus kann nicht allein mit polizeilichen und juristischen Mitteln gewonnen werden. Was wir brauchen ist eine wehrhafte Demokratie: Denn die Gefahr der rechtsextremistischen Gesinnung und Gewalt wird nicht von selbst verschwinden.

Helfen Sie mit! Zeigen Sie Rechtsextremen die „rote Karte“! Jeder Einzelne kann seinen Teil zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz beitragen!

Weitere Informationen: www.stark-gegen-rechts.spd.de